Nr. 97. 9. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6653.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokrätischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprech-Anschluß: Amt I, Nr. 4186.

Redaktion: Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 26. April 1892. | Expedition: Beuth-Straße 3.

Die Thätigkeit der sächsischen Gewerbe-Inspektoren.

Die Berichte der sächsischen Fabrikinspektion für das Jahr 1891, die kürzlich (bei F. Lommatzsch, Dresden) erschienen sind, haben für die Arbeiter inner- und außerhalb Sachsens immer ein ganz besonderes Interesse. Nicht blos deshalb, weil Sachsen der „industriellste" Staat in Deutschland ist, sondern auch deshalb, weil es am längsten eine verhältnißmäßig ausgebildete Fabrikinspektion hat, bereits seit 1874, und weil die Arbeiter deshalb mit den dortigen Aufsichtsbeamten schon öfters, wenn auch nicht gerade immer sehr sanft, in Berührung gekommen sind. Wir erinnern uns an die verschiedenen Scharmützel, welche die Dresdener Arbeiterschaft mit dem dortigen Inspektor Siebdrat auszufechten hatte. Dieser Beamte ist wegen seines geringen Verständnisses für Arbeiterbeschwerden äußerst unbeliebt in seinem Bezirk. Als er im Jahre 1888 trotzdem vom Fachverein der Dresdener Tischler zu einem Vortrag über Gewerbestatistik eingeladen wurde, lehnte er die Einladung u. A. mit dem köstlichen Argumente ab, daß in Fachvereinen „der Vortragende nach Beendigung des Vortrages in stürmischer Weise mit Fragen überschüttet werde", und gestand damit ein, wie unbequem es ihm ist, sich mit Denjenigen, deren Schutz ihm vom Staate anvertraut wurde, zu verständigen. Als kurze Zeit darauf der Jahresbericht des Herrn Siebdrat für 1888 erschien, zeigte es sich, daß er über die gesetzlichen Bestimmungen gegen Truckunfug noch nicht einmal hinreichend orientirt war, so daß ihm eine Unterhaltung darüber mit den besser unterrichteten Arbeitern sehr nützlich gewesen wäre. Kurz — in Sachsen haben sich auch auf dem Gebiete der Fabrikinspektion schon recht merkwürdige Dinge ereignet.

Auch im Jahre 1891 war der Fleiß, mit welchem die Beamten die Fabriken ihres Bezirks revidirten, ein sehr verschiedener. Der „Vorwärts" hat in seiner Nummer 3 vom 5. Januar d. J. dieses Kapitel für die Jahre 1885 bis 1890 eingehend besprochen. Dieselbe Unvollständigkeit und Sprunghaftigkeit der Aufsicht, die dort für jene Jahre nachgewiesen wurde, tritt auch im Jahre 1891 zu Tage. Das Verhältniß wurde sogar neuestens noch ungünstiger. In ganz Sachsen wurden von den 24 Beamten auf 13 706 Betriebe nur 6424, also kaum 47 pCt., revidirt, während die Prozentzahl in den Vorjahren 51, 53 und 55 betragen hatte. Also nicht einmal die Hälfte aller Betriebe wurde kontrollirt, und es kann deshalb immer wieder gar nicht stark genug betont werden, daß die von den Beamten mitgetheilten Unregelmäßigkeiten nur einen Bruchtheil alles dessen, was überhaupt vorgekommen ist, bilden. Ein Beispiel für viele! Der Beamte für Chemnitz revidirte 1891 52 pCt. der ihm unterstellten Betriebe, statt 45 pCt. im Vorjahre. Da fand er sofort statt 456 Uebertretungen im Vorjahre deren 596, also nicht weniger als 140 oder 30 pCt. mehr! Das redet Bände. Der fleißigste Einzelbeamte war noch der von Zwickau, der wenigstens 74 pCt. seiner Anlagen revidirte, während es unbegreiflich ist, wie die Regierung dulden konnte, daß der Inspektor für Meißen nur 19 pCt. seiner Anlagen besuchte. Uebrigens hat der „Vorwärts" die Genugthuung, einen Erfolg seiner Kritik feststellen zu können. Er verlangte seiner Zeit, daß auch die Zahl der Arbeiter in den revidirten und den nicht revidirten Betrieben angegeben werde — und das ist im neuesten Bericht geschehen. Danach betrug die Arbeiterzahl der im ganzen Königreich revidirten Fabriken 68 pCt. der vorhandenen Arbeiter überhaupt, und im Einzelnen kontrollirten die Beamten von Bautzen und Zwickau die Verhältnisse von 86 bezw. 83 pCt. der ihnen unterstellten Arbeiter, während auch hier der Meißener Inspektor mit 42 pCt. am meisten zurückblieb. Hoffentlich wird dieser Nachweis nun jedes Jahr wiederholt. Die Zahl der wiederholt besichtigten Betriebe war auch 1891 eine verschwindend kleine, während ähnlich wie im Vorjahre über 10 000 Amtshandlungen in Sachen der Dampfkessel-Revision vorgenommen werden mußten, eine Arbeitslast, die mit dem eigentlichen, sozialpolitischen Berufe der Inspektoren gar nichts zu thun hat, die aber denselben vielleicht eben deswegen bei der „Reform" in Preußen ebenfalls aufgebürdet worden ist. Der erste Schritt zu einer wirklichen „Reform" muß der sein, den Fabrikinspektoren diese technische Handlangerarbeit wieder abzunehmen, damit sie ihre Zeit für die Arbeiter verwenden können. Die Hilfe, welche den Aufsichtsbeamten von den Ortspolizeibehörden geleistet wird, ist in Sachsen ebenso nichtssagend, wie anderswo. Wie kann es anders gehen, wenn man von Ortsbehörden, deren Vertreter namentlich auf dem Lande mit dem Fabrikantenthum in engster gesellschaftlicher Beziehung stehen, eine Kontrolle dieses selben Unternehmerthums erwartet! Das bestätigen auch diesmal wieder die Beamten für Dresden, Chemnitz, Leipzig und Plauen; sie können alle die lakonische, aber vielsagende Bemerkung ihres Kollegen in Zwickau unterschreiben: „Ueber die Thätigkeit der Ortsbehörden ... ist Nichts zur Kenntniß der Inspektion gelangt." Ein vernichtenderes Urtheil kann über die Bourgeoiseinrichtung der ortspolizeilichen Fabrikinspektion, die höchstens in einigen Städten in Betracht kommt, gar nicht gefällt werden.

Wenn nun die Herren Inspektoren wenigstens die Quantität durch die Qualität zu ersetzen strebten und aus den Auseinandersetzungen der Dresdener Arbeiter mit Herrn Siebdrat sich die Lehre gezogen hätten, daß der Zweck der Gewerbeaufsicht durch Nichts besser erreicht wird, als durch fortwährende Fühlung mit den Arbeitern! Von Herrn Siebdrat soll hierbei ganz abgesehen werden; er ist ehrlich genug, zu berichten: „Ein direkter Verkehr mit den Arbeitern findet sehr selten statt", wozu der vorhergehende Satz in sehr lehrreichem Gegensatz steht: „Der mündliche Verkehr mit den Gewerbetreibenden (Unternehmern) war im Berichtsjahre wiederum ein sehr reger." Aber auch andere Beamte machen es nicht besser. Derjenige für Chemnitz verkehrt ebenfalls „mit den Arbeitgebern sehr rege", um sich dann bezüglich der Arbeiter mit köstlicher Naivität wie folgt zu äußern: „Weniger oft sprachen die Arbeiter vor; dieselben brachten fast ausschließlich Beschwerden an ..." Dieser Inspektor wundert sich also, daß die Arbeiter „nur Beschwerden" anbringen. Er erwartet vielleicht, daß sich öfters Arbeiterdeputationen zu ihm begeben, die ihm ihre helle Freude über die „humane" Behandlung ausdrücken, die sie in ihrer Fabrik erfahren, er behandelt wahrscheinlich die „nur Beschwerde" führenden Arbeiter danach und begreift nachher nicht, weshalb seine Schutzbefohlenen „weniger oft" kommen! Aehnlich, wenn auch weniger kraß, steht's in den Bezirken Leipzig, Meißen, wo im ganzen Jahre ganze 3 Arbeiter vorsprachen, in Bautzen, wo über den Verkehr mit Arbeitern gar Nichts gesagt wird, sowie in Plauen, wo ganze 10 Arbeiter sich mit Anzeigen an den Inspektor wendeten. Man muß selbst nachlesen, wie geringschätzig mehrere Beamte davon sprechen, daß sich ein paar der Arbeiterbeschwerden „als unbegründet erwiesen" (Einzelheiten werden dabei niemals mitgetheilt!) oder wie andere, am schönsten der Inspektor für Plauen, S. 158, ihre hochwohlweise Meinung dahin abgeben, daß „die Beschwerde lediglich in dem Hasse und der Unzufriedenheit eines Einzelnen" (und womöglich der betreffenden Fabrik Fernstehenden!) „ihren Ursprung gehabt zu haben scheine", um zu begreifen, weshalb die sächsischen Arbeiter den Umgang mit diesen Herren vermeiden. Wir sagen: „zu begreifen" — wir billigen deshalb die Zurückhaltung der Arbeiter nicht. Wir wiederholen vielmehr: es muß durch die Gewerkschaften noch viel mehr System in die Mittheilungen über Fabrikmißstände an die Aufsichtsbeamten gebracht und den Herren Inspektoren mit der Zeit handgreiflich gemacht werden, was Alles vorgeht und daß es vorgeht, auch wenn aus begreiflichen Rücksichten ein Dritter, ein zu diesem Zwecke eingesetzter Gewerkschaftsbeamter, die Anzeige erstattet. Hier bleibt noch Viel zu thun übrig.

Erwähnen wir schließlich, daß über Konferenzen der sächsischen Inspektoren, von denen man früher manchmal hörte und die sehr nützlich waren, im Berichte für 1891 kein Wort mehr zu finden ist, so haben wir das Wichtigste über die äußere Thätigkeit der Aufsichtsbeamten im Jahre 1891 zusammengestellt. In einem letzten Artikel betrachten wir die mageren und doch so bezeichnenden Ergebnisse ihrer Thätigkeit.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.) [97

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Büchern
von A. Otto Walster.

Ich bin ein total ruinirter Mann; und diese Gans, statt eine brillante Partie zu machen, die ihr wie eine gebratene Taube in den Mund fliegen will, verliebt sich in einen Lustikus, in einen Thunichtgut. Der alte Seidenspinner spinnt seine Seide vielleicht noch drei oder vier Jahre, dann ist sie eine reiche Erbin, wie's keine zweite giebt, kann Wagen und Pferde halten und heirathen, wen sie dann Lust hat. O, Sünde und Schande, und ich muß jetzt zu dem alten Harpax hin als armer Sünder, muß um Nachsicht bitten! Und das Alles blos wegen der Eselei einer solchen Gans. O, Sünde und Schande, ich werde närr'sch."

So jammerte und räsonnirte Musselich ohne Aufhören fort, während er nach und nach Hausschuhe und Schlafrock mit Stiefeln und Ausgeherock, die lange Pfeife mit dem „Sonntagsausgehestock" vertauschte, seine mageren Glieder noch in einen Pelz hüllte, und dann brummend und schmollend das Haus verließ.

* * *

Wenige Menschen in guten Verhältnissen verstehen es, sich so einfach einzurichten und so sparsam zu leben, wie Herr Seidenspinner. Sein Vermögen erlaubt ihm, in der ersten Etage eines kleinen Hauses der Vorstadt eine Wohnung, bestehend aus Stube, Kammer und Küche nebst einem Alkoven, zu bezahlen und zwar mit einer sehr bescheidenen Summe. An der Eingangsthür zu seiner Wohnung ist eine weiße Karte angeschlagen mit der Aufschrift:

Seidenspinner,
Privatmann.

Schellt man an der Thür, so erscheint bei dem Gerassel des vielfach verbogenen Klingeldrahtes der Inhaber der Wohnung an einem nach dem Vorsaal führenden kleinen Fenster, dessen verwitterten Vorhang er aufhebt, um den Besucher vorher genau zu mustern. Eine Bedienung im Hause hält er sich nicht; dies aber nicht aus Sparsamkeit, wie er selbst erklärt, sondern weil die dienenden Personen gar zu sehr die Gewohnheit des Stehlens besitzen. Wenn man freilich bei Herrn Seidenspinner eintritt, ist man in Verlegenheit anzugeben, was denn da gestohlen werden könnte; denn die einfachen Ledermöbel sind ohne Ueberzug, einige Gläser und Töpfe, sowie ein paar abgenutzte Messer, Gabeln und Zinnlöffel verlohnen wohl nicht die Mühe und das Risiko des Forttragens. Oder sollte sich Einer an der alten Kukuksuhr, an der halb zerbrochenen, längst entgoldeten Hochzeitstasse vergreifen? Schwerlich, schwerlich! Ein schmales „Bett", bestehend aus Strohmatratze, Strohkissen und alter Wattdecke, kann füglich die Habsucht auch nicht reizen, und alles Andere ist gut verschlossen, wohlverwahrt. Du siehst nicht einmal ein Handtuch, und böse Zungen erzählen, der Inhaber dieser Wohnung ließe sich von der Luft trocknen; ja, es wird sogar berichtet und geglaubt, daß er sich hierzu einer Katze bediene, die er nach gehabtem Gebrauch an die Luft setze und ihr Brot anderswo suchen lasse.

Herr Seidenspinner hat übrigens nicht viel zu thun, woher es sich erklärt, daß er sein Wasser selbst herauf trägt, Holz und Kohlen eigenhändig verkleinert und zubringt, daß er sich ein einfaches Mahl allein bereitet, wobei er sich die Bequemlichkeit gönnt, gleich für eine Woche im Voraus Vorrath zusammenzukochen, was sich auch wegen der großen Ersparniß an Holz und Kohlen jedenfalls als praktisch erweist. Herr Seidenspinner brennt fast niemals Licht; selbst in den kürzesten Tagen weiß er diese Ausgabe meistens zu vermeiden, indem er bei einbrechender Dunkelheit eine benachbarte kleine Gastwirthschaft aufsucht, in der er bei einer Stange einfachen Bieres, einem Nordhäuser und einer Pfeife Tabak, welche die Anziehungskraft seiner Persönlichkeit um ein Bedeutendes vermindert, den Abend bis zum Schlafengehen verbringt. So hat es dieser Mensch nach und nach dahin gebracht, daß er mit etwa zehn Groschen des Tages, mit etwa hundert Thalern des Jahres alle seine Bedürfnisse befriedigt, und das ist anerkennenswerth bei einem Manne, der sich jeden Abend beim Schlafengehen sagen kann, daß er durch den Tag um 400 Thaler, also um so viel reicher geworden ist, als 400 Familien an diesem selben Tage zu ihrem Lebensunterhalte brauchen.

Die ganze zivilisirte Welt mag Zeter über diese Mittheilung schreien, die Sache ist nichts destoweniger wahr und richtig. Mit einem kleinen Kapital hat Herr Seidenspinner angefangen, das er in seiner Jugendzeit zu 40 bis 60 Prozent jährlich auslieh unter Beobachtung der nöthigen Vorsichtsmaßregeln, welche die Rücksicht auf die Wuchergesetze geboten. Einige Male war er ihnen trotzdem verfallen; aber bei 40 bis 60 Prozent kann man schon einmal Strafe zahlen; das Kapital verdoppelt sich bei solchem Zinsfuße schnell. Nach 20 Jahren rüstigen und vorsichtigen Verleihens hatte Herr Seidenspinner sein Kapital von 3000 auf 90 000 Thaler gebracht. Damals pflegte er noch standesgemäß zu leben. Er that es mehr seiner Gattin, als sich selbst zu Gefallen, da er für weltliche Genüsse, welche Geld kosteten, wenig Sinn hatte. Als aber seine Lebensgefährtin nach zwanzigjähriger Ehe aus diesem Leben schied, wenig

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. April.

Neue Geldsteuern — neue Blutsteuern. Soldaten kosten Geld, und Vergrößerung des Heers heißt Vermehrung der Steuern. So ist es denn nur natürlich, daß jetzt, nachdem die Heeresvergrößerung endgiltig beschlossen und dem deutschen Volk auch schon angekündigt ist, die Finanzleute der Regierung ihr Hauptaugenmerk darauf richten, neue Steuern, oder Mittel zur besseren Ausnützung der alten zu entdecken. Was auch immer ausgetiftelt, wie auch immer es genannt werde — das Volk muß „bluten", und auf die Arbeit werden schließlich alle Lasten gewälzt. Und mit einer Kleinigkeit wird es diesmal nicht abgehen Die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, die allerdings geplant scheint, wird nicht, wie die Optimisten glaubten, die von dieser Maßregel das Wunder einer Befreiung von der Bürde des Militarismus erhofften, für das Volk eine Entlastung bedeuten, sondern nur die Grundlage für eine kolossale Mehrbelastung bilden. Auf die „Verwirklichung der Scharnhorst'schen Idee", wie der vorige Kriegsminister seinerzeit ankündigte, werden die leitenden Herren Militärs allerdings verzichtet haben, weil sie der Uebergang zum Milizsystem gewesen wäre, allein alles, was der raffinirteste militärische Scharfsinn und Berufsgeist in den Rahmen des stehenden Heers hineinpressen kann, wird hineingepreßt werden — und diesmal wird der Nimmersatt Militarismus sich auch wohl kaum mit Abschlagungszahlungen begnügen. Er hat trotz seiner Gefräßigkeit doch auch ziemlichen Weltverstand, und wird sich sagen müssen, daß die Zeiten ihm immer ungünstiger werden, und daß die Aussichten für das Gelingen einer „gründlichen Reformmaßregel" sich mit jedem Tage verschlechtern. Es liegt in seinem Interesse, das Heu so bald als möglich zu mähen und einzubringen.

Es wird zweifellos in den nächsten Monaten Alles aufgeboten werden, um das Volk über die Schwere der Opfer zu beruhigen, die ihm zugemuthet werden. Wie die Dinge liegen, kann es jedoch als sicher gelten, daß es sich um den größten Aderlaß handelt, der seit Gründung des Reichs gegen das deutsche Volk erdacht worden ist. Es gilt die Folgen zu bedenken. Kann unser Volk noch eine so ungeheuere Mehrbelastung ertragen, ohne zusammenbrechen? Italien steht als warnendes Beispiel da. Unsere Hilfskräfte sind größer, allein sie sind fast erschöpft — und tritt nicht Entlastung ein, statt der geplanten Mehrbelastung, so werden wir bald da sein, wo Italien jetzt ist. —

Reichseinnahmen an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern für 1891/92. Nachdem wir die summarischen Zahlen gebracht, seien nun die Hauptposten aufgeführt. Es ergaben Zölle 404 413 898 M. (gegen das Vorjahr + 15 935 381 M.), Tabaksteuer 11 288 755 M. (— 565 372 M.), Zuckermaterialsteuer 6 511532 M. (— 10 044 441 M.), Verbrauchsabgabe von Zucker 55 542 633 M. (+ 1 001 698 M.), Salzsteuer 43 231 297 M. (+ 416 789 M.), Maischbottich- und Branntwein-Materialsteuer 21 087 056 M. (+ 2 357 654 M.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 115 956 535 M. (— 7 772 454 M.), Brausteuer 25 376 016 M. (—19 027 M.), Uebergangsabgabe von Bier 3 382 134 M. (+ 49 883 M.); Summe 686 789 856 M. (+ 1 360 111 M.). — Spielkartenstempel 1 323 188 M. (+ 48 176 M.) Wechselstempelsteuer 8 175 592 M. (+ 356 947 M.), Stempelsteuer für a) Werthpapiere 4 585 015 M. (— 753 924 M.), b) Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte 11 019 906 M. (— 2 442 385 M.). c) Loose zu Privatlotterien 1 452 914 M. (+ 897 443 M.), Staatslotterien 6 937 434 Mark (— 86 014 M.). Die zur Reichskasse gelangte Ist-Einnahme abzüglich der Ausfuhrvergütungen und Verwaltungskosten beträgt bei den nachbezeichneten Einnahmen bis Ende März 1892: Zölle 376 680 139 M. (+ 9 049 001 Mark), Tabaksteuer 11 540 709 M. (+ 393 809 M.), Zuckermaterialsteuer 9 918 852 M. (+ 3 443 466 M.), Verbrauchsabgabe von Zucker 55 235 341 M. (+ 3 049 371 M.), Salzsteuer 42 614 526 M. (+ 714 365 M.), Maischbottich- und Branntwein-Materialsteuer 18 271 522 Mark (+ 2 219 780 M.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 99 999 353 M. (— 3 715 301 M.), Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 24 437 479 M. (+ 27 948 M.); Summe 638 697 921 M. (+ 15 182 439 Mark.), — Spielkartenstempel 1 245 332 M. (+ 41 416 Mark). —

Sprengstoff-Gesetz. Die kürzlich auch von uns gebrachte Mittheilung, wonach ein neues Gesetz über den Verkehr mit Sprengstoffen ausgearbeitet werden sollte, ist den „Berliner Politischen Nachrichten" zufolge unzutreffend. Dem Vernehmen nach handelt es sich nur um eine Umgestaltung der Vorschriften über den Verkehr mit Sprengstoffen, wie sie sich nach dem jetzigen Stande der Technik als nothwendig herausgestellt hat. —

Adel verpflichtet. Im Abgeordnetenhause ist eine Petition von den Vertretern des minderjährigen Herzogs von Arenberg eingegangen, welche beantragen, in dem Gesetze eine Bestimmung zu treffen, durch welche dem herzoglich Arenberg'schen Hause der Anspruch auf die Entschädigung für den Verzicht auf Steuerbefreiung vorbehalten wird. In der dem Abgeordnetenhause zugegangenen Vorlage wird das herzoglich Arenberg'sche Haus nicht zu den ehemals reichsunmittelbaren gerechnet, welche Anspruch auf Entschädigung haben. —

Die Schloßlotterie. Die „Berliner Börsen-Zeitung" schreibt: „Mit lebhaftem Bedauern entnehmen wir aus Mittheilungen, die uns von parlamentarischer Seite zugehen, daß in der That die Frage der Schloßlotterie so weit hat gedeihen können, daß es nunmehr auf die Entscheidung der verantwortlichen Stellen in Preußen ankommt, ob die Lotterie stattfindet oder nicht. Es wird uns versichert, daß die gesammten Vorbereitungen von freien Komitees und anderen, dem Landtag nicht verantwortlichen Stellen getroffen sind. Dem Einfluß der zuständigen Ministerien hatten sich jene Vorbereitungen bisher entzogen." Der höfischen Redensarten entkleidet, besagt die Meldung einfach: Es wird hazardirt werden mit staatlichem Privilegio. Arme Minister, welche der unbekannte Herr Kunze, der Lotterievater, durch seine Quertreibereien zur Erhebung der Blödsinnssteuer zwingt! —

Ein gegnerisches Urtheil. Ueber das politische Leben Berlins schreibt ein Berliner Berichterstatter der ultramontanen „Kölnischen Volks-Zeitung" (Nr. 224 vom 23. April): „Wirkliche Massenversammlungen bekommen hier nur noch die Sozialdemokraten fertig. Das Kleinbürgerthum ist großentheils der politischen Versumpfung verfallen, und das Beamtenthum hält sich zurück, weil sich die politische Wetterfahne in den obern Regionen dreht. Die obern Kreise endlich amüsiren sich. Uns hält's aus! lautet da der Wahlspruch." — —

Die loyale „Frankfurter Zeitung". Nr. 1: In einem Artikel: „Zum badischen Regierungsjubiläum" (Nr. 115, zweites Morgenblatt, vom 24. April) — Großherzog Friedrich von Baden hat am 29. April 1852 die Regierung angetreten — schreibt das demokratische Blatt: „Wie ein rother Faden zieht sich durch die letzten vierzig Jahre badischer Geschichte das streng konstitutionelle Verhalten des Großherzogs Friedrich." Ist das Gedächtniß der „Frankfurter Zeitung" so schwach geworden, daß sie von dem offenbar stramm-konstitutionellen Eingreifen des Großherzogs in die Wahlagitation nichts mehr weiß? Eine Thätigkeit allerdings, die auch andere deutsche Regenten in den letzten Jahren der Bismarck'schen Aera für angemessen erachtet haben. Der „rothe Faden" ist doch wohl gerissen... Nr. 2: In Luxemburg ist kürzlich auf öffentlicher Straße: „Es lebe die Republik", „Es lebe die Anarchie!" gerufen worden! Die „Magdeburgische Zeitung" berichtete darüber und knüpfte daran die Bemerkung, die Nassauer welche jetzt auf dem Luxemburgischen Thrönchen sitzen, seien in „ihrem" Lande nicht „populär". Vorspringt der Luxemburger E-Korrespondent der „Frankfurter Zeitung", um diesen fürchterlichen Vorwurf, der offenbar die bürgerliche Demokratie ins Herz trifft, mit Löwenmuth zurückzuweisen. Nachdem er erzählt, daß „der ungerathene Sohn einer Wittwe" mit seinen Zechgenossen die Urheber jener hochverrätherischen Rufe gewesen seien, spornt er seinen Renner kühn wie Wilfried von Ivanhoe und streckt den Magdeburger Frevler stracks in den Sand (Nr. 114, 2. Morgenblatt, vom 23. April):

„Den Grad der Volksthümlichkeit, den unser neues Herrscherhaus in allen Volksklassen besitzt, konnte man am besten bei den vorjährigen Juli-Feierlichkeiten bemessen. Daß es der großherzoglichen Familie für den Augenblick unmöglich ist, ihre Residenz hier aufzuschlagen, weiß hier Jedermann: das Palais in der Stadt ist im Umbau begriffen, und wer das Landschloß Wilferdingen kennt, hat die Ueberzeugung, daß ein Aufenthalt dort, zumal im Winter, die reine Unmöglichkeit ist. Im Großherzogthum verübelt denn auch Niemand dem Großherzog, daß er hier nicht wohnen kann, und die Nachricht der „Magdeburger Zeitung", der Landesfürst sei in einer Volksversammlung aufgefordert worden, auf seine Zivilliste (die übrigens nur 200 000 und nicht 400 000 Franks beträgt) zu verzichten, wenn er nicht hier residiren wolle, ist eine einfache Erfindung. Es kann ja nicht geleugnet werden, daß es hier wie überall ein Häuflein Unzufriedener aller Meinungen giebt, die sich Nationaldemokraten nennen und mit den jetzigen Zuständen nicht zufrieden sind, an Allem herumnörgeln und sich mitunter in ihrem Organ an den Souverän heranwagen, jedoch nur immer in der Absicht, das Ansehen der Regierung zu untergraben, deren Vertreter sie nicht ausstehen können. Aber wie gesagt, es ist dies nur ein Häuflein."

So zu lesen in der demokratischen „Frankfurter Zeitung". Stil und Gesinnung bekunden, daß sie es verdient, das Hofblatt nicht blos des Nassauers zu werden. Wenn dieser aber nicht sofort den edlen Vertheidigern seines Hauses den höchsten Orden versetzt, dessen er fähig ist, und die „Frankfurter Zeitung" zu seinem auswärtigen Moniteur macht, wie der Zar den Brüsseler „Nord", dann verdient er, daß das „Häuflein" Unzufriedener wächst wie Sand am Meere und ihn herabnörgelt" von dem Throne, wo er sitzet, geliebt von seinen getreuen Unterthanen und „nur" 200 000 Franken verzehrt per annum .... —

Der bayerische Deutschfreisinn. Nur ein einziges Reichstagsmandat, Fürth-Erlangen, haben die Deutschfreisinnigen in Bayern, und dieses wurde 1890 blos mit Mühe und Noth in der Nachwahl gegen die Sozialdemokratie behauptet; 1895 wird voraussichtlich Herr von Stauffenberg dies Mandat zu seinen „angenehmen Erinnerungen" zählen können. Im Landtag haben die Fortschrittler sich nur durch das miserable Wahlsystem und durch ein inniges Kartell mit den Nationalliberalen einige Sitze gerettet. Aber die Gefahr, daß diesmal Sozialdemokraten trotz alledem in das Haus in der Prauerstraße einziehen werden, ist für Nürnberg und München imminent, und so versteht es sich, daß die Blutbrüderschaft zwischen den Richter'schen und den Gentlemen heuer besonders feierlich beschworen wird. Auf der am 24. April in Nürnberg abgehaltenen Landesversammlung der deutschfreisinnigen Partei wurde einstimmig der gesinnungstüchtige Beschluß angenommen, daß „bei entschiedenster Betonung des deutschfreisinnigen Programms, unter Voraussetzung geeigneten Entgegenkommens ein möglichst einmüthiges Zusammengehen aller liberalen Richtungen bei den nächstjährigen Landtags-Wahlen zum Wohle des Landes als geboten erachtet, und der Ausschuß mit der rechtzeitigen Vorbereitung zur Wahrung der Interessen der freisinnigen Partei und der gemeinsamen liberalen Sache sowie mit den sonstigen nöthigen Maßnahmen betraut wird." Die Biedermänner, die das unfeinste Blatt der deutschen Presse, den „Fränkischen Kurier", als ihr Evangelium verehren, begraben edelsinnig das Tomahawk, das sie da, wo es unschädlich ist, gegen die theuren Bundesgenossen schwingen. Sie vergessen in ihrer Generosität, daß das amtliche Organ der Nationalliberalen Bayerns, die „Augsburger Abendzeitung" ihren Vorbeter, den Chef des „Kurier" mit dem lieblichen Aufnamen des „leberkranken Mopses" fürzalle Zeit geschmückt hat, und während sie auf das „entschiedenste" das famose Programm „betonen", stürzen sie sich kopfüber in den Kartellsumpf, wo er am tiefsten ist. Sintemal von allen Gruppen des Nationalliberalismus die bayerische die reaktionärste, bismarck-tollste, widerlichste ist. „Das Geschäft bringt's halt so mit sich." Die Suppe dürfte ihnen aber doch durch die Arbeiter versalzen werden. —

Volkseinkommen in Sachsen. Wir haben die letzte sächsische Einkommensteuer-Statistik eingehend besprochen und die sinnenfällige Tendenz der Einkommensbewegung aufgezeigt, die immer schroffere Scheidung zwischen Besitzenden und Besitzlosen. In den „Grenzboten" (Nr. 17 vom 21. April 1892 S. 184—85) liest man: „Durch die Zeitungen läuft die Angabe, daß laut einer amtlichen Statistik das Volkseinkommen im Königreich Sachsen in der Zeit von 1879 bis 1890 von 959 auf 1495 M. gestiegen sei. So wie die Angabe liegt, ist sie ganz werthlos. Um zu erfahren, ob das sächsische Volkseinkommen in der angegebenen Zeit gestiegen, gefallen oder auf derselben Stufe geblieben ist, müßte man erstens ermitteln, wie viel die zu einem Haushalt erforderliche gemischte Gütermasse, die 1879 für 1000 M. zu haben war, heute kostet, und zweitens nachsehen, um wie viel Köpfe die Bevölkerung gestiegen ist; erst die Umrechnung des jetzigen Geldeinkommens

---

erbaut von der Erde Lust und Freuden, hielt sich Seidenspinner mit 45 Jahren noch für zu jung, eine zweite Heirath gleich wieder zu versuchen. So schnell nach den Begräbnißkosten wieder zu Ausgaben für eine Trauung zu schreiten, schien ihm doch wahrlich zu verschwenderisch; und dann, wer garantirte ihm dafür, daß seine Zukünftige nicht schwache Stunden bei ihm erlauern und sein Herz überrumpeln würde, so daß er ungewöhnliche Ausgaben zu machen gewissenlos genug wäre? Diese Besorgnisse hatten ihn zehn Jahre gequält, und erst die Bekanntschaft mit der reizenden Tochter seines Geschäftsfreundes und Agenten Musselich hatte ihn nach dieser Zeit wieder ernstliche Gedanken fassen lassen, denn das Mädchen machte einen ziemlichen Eindruck auf sein halbverdorrtes Herz.

Auf sein halbverdorrtes Herz; seltsam! aber auch im halbgestorbenen Stamme regen sich noch einmal Säfte, wenn warm und hell die Sonnenstrahlen des Frühlings durch die Rinde dringen. Und dann kannte Seidenspinner die Grundsätze Musselich's; er mußte seiner Tochter eine solide Erziehung gegeben haben. Und da war denn der Entschluß immer fester und reifer geworden, bis er über seine Lippen trat und zu den Ohren des entzückten Geschäftsfreundes gelangte. Ein Zweifel an dem Zustandekommen der Heirath wäre Verbrechen gewesen; Seidenspinner erhielt die besten Zusicherungen, die er übrigens als selbstverständlich erwartet hatte, zumal da Musselich infolge unglücklicher Geschäfte seine Nachsicht im höchsten Grade zu beanspruchen in die Lage gekommen war.

Der emsige Geldsammler hatte im Laufe der Zeit ein neues System seines Wuchers angenommen. Bei den großen Geldsummen, die er jetzt ausleihen mußte — (in den zehn Jahren war er von 90 000 Thalern bis zu einer reichlichen Million gekommen, denn alle drei Jahre verdoppelte er sein Kapital trotz aller Ausfälle und Kosten) — scheute er das Gerede der Leute und hatte infolge dessen Agenten angenommen, die von ihm das Geld zu 20—30 Prozent erhielten und es ausleihen konnten so hoch sie wollten, ihm aber für das Kapital bürgen mußten. Er hatte solcher ehrenwerther Männer eine ganze Anzahl (Herr Musselich gehörte auch zu ihnen), und er hielt streng darauf, daß Niemand von ihnen zu einer anderen Zeit als der bestimmten zu ihm kam, damit Keiner von dem Anderen wisse und Niemand seine Geschäfte übersehen könne.

Zu diesen Agenten gehörten auch eine Anzahl Advokaten; Menschen, welche auf der Universität ihr Gehirn mit Bierstoffen verdorben hatten, so daß sie mit Noth und Mühe die nicht besonders anstrengenden juristischen Examen bestehen und sich bis in die Advokatur hineinhelfen konnten, in der ihnen kaum noch hinreichender technischer Verstand geblieben, um die Gesetzesparagraphen mit ihren Kommentaren zu übersehen und gewandt genug anzuwenden. Sie mochten, wenn sie Glück oder Bekanntschaften genug hatten, noch immer eine ansehnliche Praxis mit der Zeit erlangen, im Uebrigen aber in Wechselprozessen ihre melkende Kuh erblicken, von der sie ohne viel Aufwand von Scharfsinn und Arbeit ihren Lebensunterhalt leicht gewannen. Und die Kosten in Wechselsachen sind hoch genug, um einem Advokaten das Leben leicht zu fristen und den Wechselschuldner schnell zu ruiniren. Von solchen schmutzigen Advokaten hatte Seidenspinner eine ganze Zahl; er allein gab einem Assessor beim Handelsgericht hinreichend zu thun für den ganzen Tag.

Dieser General-Geldverleiher hatte übrigens eine für seinen Geldbeutel sehr gesunde Politik eingeschlagen; er bemerkte bald, daß viele von den Schuldnern zwar einige Male die Zinsen bezahlten, welche zusammen den Betrag des Kapitals überstiegen, schließlich aber doch das Kapital schuldig bleiben mußten, so daß der Reingewinn immer nur ein mäßiger war. Um solche Unannehmlichkeiten zu vermeiden, versah er solche Schuldner noch mit den Zinsen für eine anderweite Anleihe; denn er wußte, daß seine Geschäftskollegen, die kleinen Wucherer, am ehesten zu einer Verleihung sich entschlossen, wenn sie in den Händen der Geldsuchenden noch baares Geld sahen, mit dem die ersten Zinsen pränumerando bezahlt wurden. Die kleinen Wucherer hatten dann den vollen Verlust; für die dargeliehenen Zinsen bekam dieser raffinirte Spekulant Kapital und Zinsen zugleich herein; und es ergab sich auch hier das allgemeine Schlußresultat, daß das kleine Kapital vom großen aufgefressen wird.

Geschäftsleute und Beamte, Lehrer und Offiziere, künftige Erben und verwegene Spekulanten werden auf diese Weise systematisch ausgebeutet. Seidenspinner hatte jetzt weniger als sonst zu befürchten, denn seine Zwischenagenten bürgten für die ausgeliehenen Summen noch extra und konnten besser im Detail die einzelnen Darlehen verfolgen. Bei besonderen Verlegenheiten unterstützte er sie in splendider Weise, damit sie ihren Schaden wieder gut machen konnten, denn er hätte sie sonst zugleich mit seinem Gelde verloren. Nur wer zu tief in Verlegenheiten gerathen war, konnte auf seine Hilfe nicht mehr rechnen, den ließ er ruhig untergehen. Seidenspinner allein war die nächste oder eine entfernte Ursache, daß sich jährlich etwa ein Dutzend Menschen das Leben nahmen, aber ihm gab es, außer den unglücklichen Opfern, Niemand zur Last. Man schrieb es allgemein mehr dem wachsenden Mangel an Religiosität zu. Der Tod will eine Ursache haben; warum soll sie nicht in dem Mangel an Religiosität bestehen?

Und wer nun das kleine vertrocknete Männchen gesehen hätte im schlichten Rocke, ein Muster der Enthaltsamkeit, ein Vorbild aller Derer, welche in der Vergnügungssucht das Leiden unserer Zeit suchen: er hätte nicht geglaubt, es sei eine unbedingte Nothwendigkeit, daß solche Menschen leben und reich werden auf Erden; aber: — heilig ist das Eigenthum! — Und nur ein Proudhon konnte wahnsinnig genug sein, mit merkwürdig viel Aufwand von Scharfsinn nachweisen zu wollen, daß Reichthum durch Diebstahl oder wenigstens etwas dem ähnliches entstehe. —

(Fortsetzung folgt.)

in den Geldwerth von 1879 und der Abzug von so viel Prozent, als die Bevölkerung gewachsen ist, würde die Zahl ergeben, die das Verhältniß des gegenwärtigen zum damaligen Volkseinkommen richtig ausdrückt. Unbedingten Werth dagegen hat die weitere Angabe, daß die Einkommensteigerung nur den höheren Vermögensklassen zu Gute kommt, und zwar in desto stärkerem Maße, je höher die Klasse liegt, während sich der Einkommenantheil der Klassen von 1400 bis 6300 M. stetig vermindert. Es war vorauszusehen, daß der Prozeß, auf dessen Ende die Sozialdemokraten warten, seinen ruhigen Fortgang genommen haben würde! Wenn endlich angegeben wird, daß sich „die Einkommensverhältnisse der untersten Klassen ein wenig gebessert hätten", so ist doch zu beachten, daß das Steigen der Lebensmittel- und Wohnungspreise eine kleine Steigerung des Geldeinkommens nothwendig machten, denn wenn auch namentlich die Weber das Hungern schon längst als Kunst betreiben, so hat doch diese Kunst ihre Grenzen." —

Nochmals der Matrosenkrawall. Das „Bureau Dalziel", das von dem angeblichen Exzeß der Matrosen des deutschen Schulschiffs „Moltke" zuerst berichtete, erklärt jetzt, die betreffende Drahtnachricht sei versehentlich aus New-Orleans statt aus Kingston auf Jamaika datirt worden, die gemeldeten Thatsachen seien dagegen vollständig richtig. Ob der würdige Dalziel nicht flunkert!? —

Das schweizer Auslieferungsgesetz. Wir erhalten die wenig erfreuliche Nachricht, daß die Referendumsfrist abgelaufen ist, ohne daß es den Arbeitern gelang, die zur Herbeiführung einer allgemeinen Volksabstimmung erforderlichen 30 000 Stimmen zusammenzubringen. Von der bürgerlichen Presse wird dies auf Rechnung der Pariser Dynamitattentate gesetzt (S. weiter unten) und diese haben ja auch zweifellos ungünstig gewirkt. Jedenfalls würde aber das Resultat trotzdem ein anderes gewesen sein, wenn die radikalen bürgerlichen Elemente, die sich der Arbeiterbewegung gegenüber bisher freundlich verhielten, die Arbeiter nicht im Stich gelassen hätten. Je mehr in der Schweiz die Arbeiterbewegung sich von den bürgerlichen Gruppen loslöst, je rascher der Kapitalismus sich entwickelt, desto mehr wird die demokratische Gesinnung der bürgerlichen Klasse von des reaktionären Gedankens Blässe angekränkelt. —

Zur Charakteristik der internationalen Attentats-Komödie. In kapitalistischen Blättern finden wir heute folgende Notizen, durch welche die internationale Dynamitverschwörung hübsch beleuchtet wird:

1. Bern, 23. April. Ueber das Auslieferungsgesetz findet laut „Bund" keine Volksabstimmung statt, da es der sozialdemokratischen Partei nicht gelungen ist, die nöthigen 30 000 Referendums-Unterschriften zusammenzubringen. Das neue Gesetz tritt also in Kraft. Demselben zufolge wird die Auslieferung bewilligt, obgleich der Thäter einen politischen Beweggrund vorschützt, wenn die Handlung vorwiegend den Charakter eines gemeinen Verbrechens hat. Das Bundesgericht entscheidet in den einzelnen Fällen. Die Pariser Dynamitattentate hatten die Referendums-Bewegung merklich gelähmt.

2. Paris, 22. April. Die heute früh vorgenommenen Massenverhaftungen von Anarchisten erinnern Paris in recht unangenehmer Weise daran, daß es immer noch Anarchisten giebt, was man nachgerade schon zu vergessen im Begriff war. Welche Beweggründe die Regierung bei dieser Maßregel geleitet haben, ist bisher in amtlicher Weise noch nicht bekannt gegeben worden.

Wie naiv! Als ob nicht der Schreiber den Grund selber angegeben hätte. „Paris muß daran erinnert werden, daß es immer noch Anarchisten giebt, was man nachgerade schon zu vergessen im Begriff war." Das ist fürwahr deutlich. Alle Pariser Zeitungen, die bei der Polizeikomödie nicht mitwirken, sind empört über diese geräuschvollen Massenverhaftungen, die absolut keinen anderen Zweck und Sinn haben, als das Publikum zu erschrecken und ein Rettungsbedürfniß in den Bürgern zu erzeugen, die gar nicht gerettet sein wollen. „Schlaft ruhig, ihr guten Bürger, ruft Pelletan in der Clemenceau'schen „Justice" aus, — schlaft ruhig. Man rettet uns. Man rettet uns mit einer außerordentlichen Energie. Schlaft ruhig! Die Polizei schützt uns; und Alles wäre vortrefflich, wenn wir vor der Polizei geschützt wären." Pelletan vergleicht dann die jetzigen Versuche zur Heraufbeschwörung des Rothen Gespenstes mit denen Bonaparte's, als er den Staatsstreich des Dezember vorbereitete; und er fragt schließlich, warum die Polizei erst jetzt gegen die „Anarchisten" vorgehe, die sie von Anfang an genau gekannt, und sicher schon längst gepackt hätte, wenn sie etwas von ihnen befürchtete.

Beiläufig liegen uns die Photographien Ravachol's und seiner „berühmtesten" Genossen vor; man muß sagen, die Pariser Polizei hat in ihrer Art „guten Geschmack", — bessere „Modelle" für gesellschaftsretterische Wauwaus hätte sie bei allen „realistischen" Malern der Welt nicht auftreiben können. Ein nervöser Angstphilister bekommt das Gruseln, wenn er die Bilder sieht, und dafür ist gesorgt, daß sie an allen Schaufenstern und in allen illustrirten Zeitungen zu sehen sind. Was mit zur Komödie gehört. —

In London wird es ähnlich getrieben wie in Paris. Aus der Verhaftung der Tölpel des „Commonweal" wird eine Haupt- und Staatsaktion gemacht, obgleich dieses Blättchen, das weiland von dem romantischen Dichter des Sozialismus, William Morris, gegründet ward, in den letzten Jahren nur noch mit hermetischem Ausschluß der Oeffentlichkeit erschien, höchstens ein paar hundert Exemplare abzog und blos von Polizei-Subsidien lebte. Die „Autonomie", der von ihren Gönnern rechtzeitig ein Wink gegeben ward, hat die Segel eingezogen und kündigt an, daß sie das wöchentliche Erscheinen einstellen müsse. Als Grund wird „Mangel an Geld" vorgeschoben — eine durchsichtige Lüge — die Hintermänner des sauberen Blättchens haben Geld, viel Geld, „heidenmäßig viel Geld". Da aber John Bull mißtrauisch geworden ist und den Lockspitzeln jetzt etwas scharf auf die Finger sieht, darf das Geschäft nicht mehr so offen betrieben werden; und an Stelle der „Autonomie" werden, bis der Sturm vorübergeblasen ist, unregelmäßige Flugblätter (z. B. „Der Communist" 2c.) erscheinen. Als Kuriosum sei noch mitgetheilt, daß der bekannte Berliner Korrespondent der „Autonomie" in deren letzter Nummer zwei Entdeckungen gemacht hat: erstens, daß ein Sozialdemokrat als „Spitzel" die „Berliner Anarchisten" im Auftrage unseres Vorstandes behorcht habe, und — erstaunlich! — daß sozialdemokratische Postbeamte über sämmtliche ankommende Sendungen Buch führen, und so den Adressaten übermitteln. So spiegelt ein anarchistisches Spitzelhirn die zwei notorischen Thatsachen wieder, daß die Anarchisten vor der Polizei keine Geheimnisse haben, und daß „anarchistische" Lockspitzel durch Zusendung ihrer bekannten Makulatur der Polizei Gelegenheit zu Haussuchungen und Verhaftungen geben. —

Die Marseillaise. Am 24. April wurde in Choisy le Roy, wo Rouget de Lisle (sprich: ruscheh dlihl), der Dichter der Marseillaise im Jahre 1836 starb, der hundertjährige Gedenktag der Marseillaise gefeiert, die — der Sage nach — in der Nacht vom 24. auf den 25. April 1792 gedichtet sein soll. Die Festrede hielt der Minister Goblet, der es als „höchsten Triumph" der Marseillaise bezeichnete daß der „mächtigste Monarch der Erde sie stehend angehört habe". Der Kaiser von Rußland ist gemeint. Ob es Herrn Goblet ernst war, diesen unglücklichen Menschen, der in seinem eigenen Palast Gefangener ist, und dessen ganzes Regierungssystem jetzt vor unseren Augen elend zusammenbröckelt, „den mächtigsten Monarchen der Erde" zu nennen, das wollen wir dahin gestellt sein lassen. Die Aeußerung ist so geschmacklos wie möglich. War es vielleicht auch ein Triumph für die Marseillaise, daß der grausamste Despot der Erde sie „stehend anhörte", so ist es jedenfalls eine unauslöschliche Schmach für sich die republikanisch nennende Regierung Frankreichs, daß sie sich mit einem rein zeremoniellen Höflichkeitsakt dieses Despoten brüstet und vor dem „Mörder Polens" lakaienhafte Verbeugungen macht. Nicht einmal das einfachste Ehrgefühl haben diese Bourgeoisrepublikaner sich bewahrt, in deren Pflichten-Kodex noch vor anderthalb Jahrzehnten die Wiederherstellung Polens oben an stand. —

Italienisches. Die famose „Ministerkrise" ist zwar noch nicht beendigt, aber man hat sie vor der Hand wegeskamotirt. Da kein Mann zu entdecken war, tollkühn genug, das Finanzministerium zu übernehmen, — worauf allein es bei der „Krisis" ankam, so verfiel man auf das Auskunftsmittel, sämmtliche alte Minister wieder an ihre alten Posten zu stellen — mit Ausnahme des Finanzministers, der um keinen Preis mehr in den saueren Apfel beißen wollte, und zur formellen Ausfüllung des Platzes einen „provisorischen" Finanzminister zu ernennen, der bis zum Wiederzusammentritt der Kammer zu funktioniren hat. Herr Luzzati — so heißt der „Provisorische" — möchte gern „sparen", allein da, wo allein etwas zu sparen wäre: beim Militär-Departement, stößt er auf unübersteiglichen Widerstand. Die Finanzen so zerrüttet, daß nur ein „provisorischer" Finanzminister zu finden ist — packender konnte die trostlose Lage Italiens nicht zum Ausdruck gelangen. —

Belgien. Die Arbeiter treffen ihre Vorbereitungen für den Fall, daß die neuzuwählende Kammer das allgemeine Wahlrecht verwerfen sollte. Sämmtliche Gewerkschaften wollen dann in die Bewegung eintreten und überall, wo es sich thun läßt, Streiks organisiren, um Regierung und Bourgeoisie lahmzulegen. Ein dahin gehendes Rundschreiben der 30 000 Mitglieder zählenden „Nationalen Vereinigung der Metallarbeiter" liegt uns vor. Wir wollen wünschen, daß es nicht zum Versuch der Ausführung komme. In einer Zeit industrieller Krise, wie der gegenwärtigen, sind Arbeitseinstellungen sehr zweifelhafte Pressionsmittel. Sehen wir doch in England, daß die Bourgeoisie selbst jetzt in ihrem Klasseninteresse Arbeitseinstellungen ins Werk setzt. Daß aber die belgischen Arbeiter so regen Antheil an der politischen Bewegung nehmen, das ist jedenfalls ein sehr gutes Zeichen. Muß auch der sogenannte „Generalstreik" als Utopie betrachtet werden, so ist es doch eine feststehende Thatsache, daß die belgischen Arbeiter es in ihrer Hand haben, durch geschlossenes, planvolles Handeln dem allgemeinen Wahlrecht zum Siege zu verhelfen. —

Aus Dänemark. Man schreibt uns aus Kopenhagen, 22. April:

Erst jetzt liegt eine genaue Uebersicht über die Ergebnisse der allgemeinen Reichstagswahlen vor. Die vereinigte Reaktion machte diesmal ungeheure Anstrengungen, um uns zu „zerschmettern", aber vergebens. Ganz gewiß haben wir den Verlust eines der Wahlkreise, die wir inne hatten, zu beklagen, aber wir haben auf anderen Punkten reichlichen Ersatz zu verzeichnen. Unsere zwei großen Kreise in der Hauptstadt haben wir mit Glanz gehalten, und in verschiedenen anderen sehr wichtigen Kreisen sind wir dem Siege sehr nahe gekommen.

Im großen Kreise Fredriksberg in der unmittelbaren Nähe von Kopenhagen, erhielt der sozialdemokratische Kandidat, der gegen den Kriegsminister Bahnson kämpfte, 3800 Stimmen, während der Minister 4800 Stimmen erhielt. Bei den Wahlen in 1890 hatten wir in diesem Kreise nur 3033 Stimmen gegen 4950 ministerielle Stimmen. Die Differenz in der Stimmenzahl war also in 1890 nahezu 2000, aber diesmal nur 1000, und wir, und auch die übrigen Parteien, erwarten, daß Bahnson im nächsten Wahlausgange unterliegen wird. In Aalborg — die dritte größte Stadt in den Provinzen — erhielt der sozialdemokratische Kandidat 1219 Stimmen, während der Kandidat der Regierungspartei mit 1249 Stimmen siegte. Die Differenz war also nur 30 Stimmen und trotzdem, daß wir früher nicht in diesem Kreise aufgetreten sind.

Es zeigte sich auch diesmal, daß unsere Stimmenzahl überhaupt sich in stetigem und raschem Wachsthum befindet. Bei den allgemeinen Wahlen in 1890 wurden 17 232, aber am 20. April 20 098 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Der Zuwachs in den letzten zwei Jahren ist also 16 bis 17 pCt. Die 20 098 sozialdemokratischen Stimmen repräsentiren 9 pCt. von sämmtlichen abgegebenen Stimmen. Es muß bedacht werden, daß die Abstimmung hier im Lande nicht geheim ist, und daß das Wahlrecht erst mit dem dreißigsten Lebensjahre anfängt, das Wahlrecht der dänischen Bürger überhaupt mehrfach eingeschränkt ist.

Der Kreis, den wir verloren haben, ist ein Bauernkreis, den wir nur zwei Jahre innegehabt haben. Wir waren darauf vorbereitet, daß der Kreis verloren gehen würde, da die jetzt reaktionäre Bauernpartei sich diesmal mit der Regierungspartei gegen uns vereinigte, während sie bei den früheren Wahlen gegen die Regierungspartei kämpfte.

Die Resultate hier in der Hauptstadt, sowie in den Kreisen Fredriksberg, Aalborg 2c. sind für uns außerordentlich ermuthigend, und wir nehmen nach den vorgestrigen Wahlen mit verdoppeltem Eifer die Agitation für die sozialistischen Grundsätze wieder auf. —

Der Zarismus als Meuchelmörder. Rastlos sind die russischen Unheilstifter thätig, die Pläne „Väterchens", d. h. die Pläne des russischen Despotismus auszuführen. Die „Agence Balcanique" meldet: Die Polizei entdeckte vorgestern in Rustschuk in der Wohnung eines Armeniers vierzehn mit Explosivstoffen und Eisenstücken gefüllte Bomben. Es sind infolge dessen etwa fünfzehn Personen verhaftet worden. Außer in Rustschuk und anderen Donaustädten wurden auch in Varna Haussuchungen vorgenommen. Der Armenier, bei welchem die Bomben gefunden wurden, ist verhaftet; derselbe hat, wie ermittelt ist, mit zwei bulgarischen Emigranten Beziehungen unterhalten. Die Untersuchung soll, soweit bis jetzt verlautet, ergeben haben, daß ein Theil der Bomben in Konstantinopel zu einem Attentat gegen den Sultan, der andere Theil aber zu dem gleichen Zwecke gegen den Prinzen Ferdinand verwendet werden sollte." Der Rubel auf Reisen, die Höllenmaschine im Dienste des Gottesgnadenthums, das ist auch ein Stimmungsbild an der Wende des neunzehnten Jahrhunderts. Das „Attentat" gegen den Sultan ist wohl ein Schreckmittel, um den Großtürken ins russische Garn zu locken. —

Der Zarismus in Nöthen. Der Winterpalast in Petersburg, in welchem vor 13 Jahren das Bomben-Attentat stattfand, ist kürzlich der Schauplatz eines „Unfalls" gewesen, den die russischen Offiziösen so harmlos wie möglich darstellen. Was beweist, daß die Affäre nicht ohne Bedeutung sein kann. Die „Politische Korrespondenz" berichtet darüber: „Ein bedauerlicher Unfall hat am Sonnabend die Osterfeier im Winterpalaste gestört, wo sich bei diesem Anlasse alle hoffähigen Persönlichkeiten versammelt hatten, um mit der kaiserlichen Familie der Mitternachtsmesse beizuwohnen, und zwar die höchsten Würdenträger in der Kirche des Palastes, die Uebrigen in den anstoßenden Sälen. Infolge einer zufälligen Beschädigung versagte die elektrische Beleuchtung gerade in dem Augenblicke, wo ein Theil des Publikums sich bereits im Palaste befand, und die Empfangssäle wurden in Finsterniß gehüllt, welche die Dienerschaft nur durch eiligst herbeigeholte Petroleumlampen und Fackeln einigermaßen zerstreuen konnte, während man gleichzeitig die Außenthore des Palastes schloß, um ein Gedränge der Neuankommenden zu verhüten. Die Anwesenden, welche anfänglich sehr erschrocken waren, da sie die Ursache des Unfalls nicht kannten, beruhigten sich bald wieder, und während die Einen in die Kirche eilten, in der die Zeremonie ungestört fortdauerte, und welche durch Kerzen glänzend erleuchtet war, machten die Anderen von der Erlaubniß, sich zu entfernen, Gebrauch und zogen sich durch die sehr schlecht erhellten Säle zurück. Aber dieser theilweise Rückzug vollzog sich in größter Ordnung und Ruhe. Die Schadhaftigkeit der elektrischen Leitung verursachte überdies noch einen leichten Brand. Ein Dachbalken entzündete sich, doch gelang es in wenigen Augenblicken, den Brand zu dämpfen, und der kleine Zwischenfall, dessen man heute in den Petersburger Salons nur noch lächelnd und ohne biswillige Kommentare Erwähnung thut, hatte weiter keine Folgen." Belsazzar und sein Hofgesinde „lächeln" über die Flammenschrift: „Mene tekel upharsin", gewogen und zu leicht befunden. — Und der Schreck liegt dem bankbrüchigen Zarismus in allen Gliedern . . . aber er wirthschaftet weiter wie bisher, verblendet und im Taumel der Zäsarenkrankheit. —

Nach berühmtem Muster. Der „Reichs-Anzeiger" vom 25. April (Nr. 98) schreibt: „Der frühere persische Gesandte in London, Mirza Malcom, hatte von seiner Regierung vor einiger Zeit den Auftrag erhalten, eine Lotterie-Anleihe zu Stande zu bringen, statt dessen aber wiederholt den Versuch gemacht, die ihm hierzu ertheilte Vollmacht in seinem eigenen Nutzen wie eine Konzession durch Verkauf zu verwerthen. Er ist deshalb aus dem persischen Dienste entlassen und, da er trotzdem die Rückgabe seiner Vollmacht verweigerte, des Landes verwiesen worden. Unter diesen Umständen ist es selbstverständlich, daß die noch in den Händen des Mirza Malcom befindliche Urkunde rechtlich völlig bedeutungslos ist. Die persische Regierung kommt für etwaigen, durch Anknüpfung von Geschäftsbeziehungen mit dem genannten früheren Gesandten etwa erwachsenden Schaden nicht auf; vor einer Erwerbung der ungiltigen Vollmacht kann daher nur gewarnt werden." Die Ausnützung einer staatlichen Stellung zu Privatzwecken ist keine orientalische Eigenthümlichkeit. —

Parteinachrichten.

Gegen die Beschränkung des Versammlungs- und Vereinsrechts in Hamburg, wie solche bisher durch die „Redivirte Verordnung zur Verhütung des Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes" vom 30. Juni 1851 stattfand und nach einem der Bürgerschaft vorliegenden Gesetzentwurf auch fernerhin stattfinden soll, richtet sich eine vom sozialdemokratischen Verein des zweiten Hamburger Reichstags-Wahlkreises gefaßte Resolution, in welcher zum Schluß volle Versammlungs- und Vereinsfreiheit für jedermann ohne Ansehen der Parteistellung gefordert wird.

Es ist charakteristisch für das Bürgerthum, daß in einem unter bürgerlichem Regiment stehenden Staatswesen wie Hamburg die Arbeiter eine solche Resolution überhaupt fassen müssen.

* * *

Ein neues Mittel gegen die sozialdemokratische Presse ist in Anhalt entdeckt worden. Wie das dortige „Volksblatt" berichtet, läßt es sich in dem Dorfe Grona ein Genosse angelegen sein, eifrig Abonnenten für das „Volksblatt" zu werben. „Nachdem schon vor einiger Zeit das „Volksblatt" durch den Amtsdiener konfiszirt worden war, nach einigen Stunden aber wieder frei gegeben werden mußte, wurde dem Genossen auf der Kreisdirektion erklärt, wenn er die Verbreitung des „Volksblattes" nicht einstelle, habe er eine Bestrafung wegen Vergehens gegen das Preßgesetz zu gewärtigen. Das „Volksblatt" sei keine Zeitung für Grona, ja, sogar das Mitbringen des „Volksblatts" auf den Bauten, und das Vorlesen während der Frühstücks- und Vesperpausen sei unstatthaft. — Unser Gronaer Genosse ist nun nicht der Mann, der sich so leicht einschüchtern läßt, und da er die Agitation für unser Organ nur im Parteiinteresse und nicht des persönlichen Vortheils willen betreibt, so erwartet er ruhig ein Strafmandat von der Kreisdirektion und agitirt unterdessen lustig weiter."

* * *

Sozialisten-Zählung. Die Dorfschulzen im Kreise Zauche-Belzig sind nach den „Potsdamer Nachrichten" aufgefordert worden, dem Landrath die Zahl der in ihrem Amtsbezirk wohnenden Sozialdemokraten anzugeben. Das wird schwer halten. Die Dorfschulzen müßten denn Gedankenleser sein.

* * *

Zur Agitation. Am Sonntag Nachmittag wurden in Königsberg und Umgegend 36 000 Flugblätter von mehreren hundert Genossen vorbereitet. Würdiger konnte man das Osterfest in unserem Sinne nicht feiern.

Theater.

Dienstag, den 26. April.

Opernhaus. Freund Fritz.
Schauspielhaus. Das Buch Hiob. — Die Philosophin. — Meister Andrea.
Deutsches Theater. Das Urbild des Tartüffe.
Lessing-Theater. Die Camelien-dame.
Berliner Theater. Der Hüttenbesitzer.
Wallner-Theater. Der Löwe des Tages.
Residenz-Theater. Die Journalisten.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Das Sonntagskind.
Thomas-Theater. Die schöne Helena.
Adolph Ernst-Theater. Fräulein Feldwebel.
Bellealliance-Theater. Pech-Schulze.
Kroll's Theater. Hans Heiling.
Ostend-Theater. Der Lumpensammler von Paris.
Fernpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.

Castan's Panopticum
Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.

Riesin und Puppen-Fee
Aama,
größte Riesin,
16 J. alt, 9 F. groß.
Prinzeß Pauline,
16 Jahre alt, 40 Zentimeter groß.
Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

Passage-Panopticum.
Riese, 9 Fuß.
Zwerg,
25 Zoll.
Mann m. Steinkopf.
Pigmy v. Stanley-Zwergvolk.
10—1 4—9 Uhr

Gratweil'sche Bierhallen
Kommandantenstr. 77—79.
Täglich:
Konzert
mit humoristisch. Vorträgen.
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch sowie 6 Billards, 3 Kegelbahnen und 2 Säle.
F. Sodtke.

Moabiter Gesellschaftshaus,
Alt-Moabit 80/81.
Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pfg.
2299L **Hellmuth Peters.**

Empfehle mein Lokal zur Zahlstelle. — Vereinszimmer, Garten, Kegelbahn.
Prenzlauer Allee 36b. 2575b

M. Panknin.
Berlin SO.
91, Adalbertstr. 91, Ecke Oranienstr.
Putz- und Modewaaren.
Trauerhüte in großer Auswahl. [2242L

Feuerwerk! Bengalflam., Raketen 2c.
A. Klimik,
563M Rathhausstraße 1.

Alter Musik-Verein sucht noch Mitglieder (Piston Es-Cornet). Freitag Abends 9 Uhr. Restaurant Nebelin, Langestraße 108. 2592b.

Bestes Nähgarn!

5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 26. April, Abends präz. 8½ Uhr:
Grosse öffentliche
sozialdemokratische Versammlung
im Saale der „Brauerei Königstadt",
Schönhauser Allee Nr. 11.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Wahl der Delegirten zur Parteikonferenz für die Prov. Brandenburg. 3. Berichterstattung des Mai-Festkomitees.

Das Erscheinen aller Parteigenossen des 5. Berl. Reichstags-Wahlkreises ist dringend erwünscht. Der Vertrauensmann.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 26. April, Abends 8 Uhr,
in Nagel's Salon, Schwedterstraße 23:
Versammlung.

Tagesordnung:
1. Gleiches Recht für Alle. Referent Genosse **Theodor Mehner.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes und Fragekasten.
Gäste haben Zutritt. **Der Vorstand.**

Gr. öffentl. Volksversammlung

des

6. Berliner Reichstags-Wahlkreises

am Dienstag, den 26. April, Abends 8 Uhr,
in der Kronen-Brauerei Moabit, Alt-Moabit 47/48.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **W. Liebknecht,** über: **Die Bedeutung des 1. Mai.** 2584b
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.
Frauen sind besonders zu dieser Versammlung eingeladen.
Johann Pfarr, Vertrauensmann.

Verband der Vergolder

u. verw. Gewerben besch. Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.
Mittwoch, den 27. April, bei Scheffer, Inselstr. 10:
Monats-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Wahl des 2. Filial-Vorsitzenden. 6. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

NB. Die Vertrauensleute werden ersucht, ihre Wohnungsveränderung dem Schriftführer anzuzeigen, wo Neuerungen vorgekommen sind, ihre Legitimationskarten beim Vorsitzenden in Empfang zu nehmen, damit dieselben ihre Pflichten erfüllen können.
Es wird dringend ersucht, vom Stiftungsfest abzurechnen. D. O.

Große öffentliche Versammlung

sämmtlicher Plätterinnen, Näherinnen, Stärkerinnen, Wäscherinnen, Bolzenleute etc.
Dienstag, den 26. April, Abends 8 Uhr, in Nieft's Saion, Weberstr. 17.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Regierungs-Baumeister a. D. Hrn. G. Keßler. 2. Diskussion. 3. Bericht über den Antrag vom 19. Februar 1892 an das königl. Polizeipräsidium in Angelegenheit der Gasplätterei mit Bezugnahme der Unterredung des Herrn v. Stilpnagel. Referent: E. Möhring. 4. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es die Pflicht jeder Arbeiterin 2c., in dieser Versammlung zu erscheinen, wer nicht erscheint, verliert jedes Anrecht, sich über seine Lage zu beklagen, denn nur durch gegenseitiges Erläutern der Mißstände in der Branche können Mittel und Wege gefunden werden, eine Besserung unserer Klassenlage zu erzielen. Mit Gruß
259/4 **Der Einberufer.**

Kombinirte Mitglieder-Versammlung

der Vereinigung der
Maler, Lackirer, Anstreicher
und verwandter Berufsgenossen Deutschlands,
sämmtlicher Filialen Berlins,
am Mittwoch, den 27. April, Abends 8 Uhr, bei Gründel, Dresdenerstr. 116.

Tages-Ordnung: 2670b
1. Bericht der Fachschul-Kommission. 2. Stellungnahme zum Provinzial-Landtag. 3. Unser Arbeitsnachweis. 4. Verschiedenes.

Die Fachschul-Kommission.

Fachverein der Stellmacher Berlins u. Umg.

General-Versammlung
am Mittwoch, den 27. April, Abends 8 Uhr,
in Keller's Salon, Bergstr. 68.

Tages-Ordnung: 285/20
1. Abrechnung vom letzten Quartal. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Vorstandswahl. 4. Gewerkschaftliches. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen nothwendig. **Der Vorstand.**

Verein gewerblicher Hilfsarbeiter

Berlins und Umgegend.
Mittwoch, den 27. April, Abends 8½ Uhr, im Saale des Hrn. Besse, Naunynstr. 27

General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht vom ersten Quartal. 2. Vorstandswahl. 3. Stellungnahme zum diesjährigen Stiftungsfest. 4. Vereinsangelegenheiten.
Kollegen, es ist Eure heiligste Pflicht, zu erscheinen. Mitgliedskarte legitimirt.
158/8 **Der Vorstand.**

General-Versammlung
d. Filiale d. Schleifer, Präger u. Berufsg.
am Mittwoch, den 27. April, Abends 8½ Uhr,
im Lokal des Herrn **Röllig,** Neue Friedrichstr. 44.

Tages-Ordnung: 446/11
1. Jahresbericht der Verwaltung. 2. Diskussion über die Verschmelzung der drei Filialen Berlins. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimirt.
Um zahlreichen Besuch bittet **Die Verwaltung.**

Achtung! Grünau. Achtung!

Den Genossen Berlins und Umgegend zur Kenntnißnahme, daß der
Arbeiter-Bildungsverein Alt-Neu-Glienicke und Umgeg.
in **Heiker's Salon, Grünau** die
Mai-Feier
abhält, bestehend in 1. Festrede: Die Bedeutung des 1. Mai, 2. Konzert (Garten), 3. Tanz (Saal) und 4. Verloosung von Bildern und Büsten.

Zur Verherrlichung des Festes haben die Gesangvereine **Eintracht** (Glienicke) und **Norddeutsche Schleife** (Berlin) ihre Betheiligung zugesagt (beide Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes). Um zahlreichen Besuch ersuchen
422/3 **Die Genossen von Glienicke.**

Nieder-Schönweide-Johannisthal.

Donnerstag, den 28. April, Abends 6½ Uhr, im Saale der Brauerei Borussia

Große öffentliche Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Die Sozialdemokratie und ihre Ziele. Referent: Herr Regierungs-Baumeister a. D. Gustav Keßler. 422/2
2. Diskussion.
3. Neuwahl eines Vertrauensmanns.
4. Verschiedenes.

Zur Deckung der Unkosten Tellersammlung. Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vertrauensmann.**

Stenographen-Schule.

Neue Kurse beginnen am **Mittwoch,** den **27. April,** Abends ½9 Uhr:
Gipstr. 3, Restaurant Pyrtek,
Naunynstr. 83, Restaurant Köhne. 2594b
Unterricht unentgeltlich, Lehrmittel nur 1 Mark 50 Pfennig.

Orts-Krankenkasse für das Tapezirer-Gewerbe z. Berlin.

Mittwoch, den 27. April, Abends 8½ Uhr, in den „Arminhallen", Kommandantenstr. 20:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Rechnungs-Bericht. 2. Beschlußfassung über die Abnahme der Jahresabrechnung 1891 und Ertheilung der Decharge. 3. Antrag auf Erhöhung der Beiträge. 4. Bekanntmachung der Beschlüsse des Vorstandes. 5. Verschiedenes. 2669b

J. A.: M. Oest, 1. Vorsitzender, Kleine Alexanderstr. 6.

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Versammlung
am Mittwoch, 27. April, Abds. 8 Uhr, im Lokale des Herrn **Norbert,** Beuthstraße, Eingang 22.
11. Cyklus-Vortrag des Schriftstellers Herrn **W. Bölsche** über: „Die Entwickelungsgeschichte d. Erde; zweiter Vortrag über die Entwickelung der Wissenschaften."
Gäste zahlen 20 Pf. Entree.
459/5 **Der Vorstand.**

Verlagsbuchhandlung des „Vorwärts" Berliner Volksblatt

Berlin SW., Beuthstr. 2.

Im Verlage von Wörlein u. Comp., Nürnberg, erschien soeben und ist durch uns zu beziehen:

Enthüllungen

über das tragische Lebensende

Ferdinand Lassalle's

und seine Beziehungen zu

Helene von Dönniges.

Von Bernhard Becker.

Neue Bearbeitung.

8°, XVI u. 232 Seiten. — Elegant in Leinen gebunden Preis 2 Mark, broschirt in 6 Heften à 25 Pfg. Einbanddecke 45 Pf.

Mit dieser Neu-Auflage ist der Vergessenheit ein Buch entrissen worden, welches bei unseren älteren Parteigenossen noch von seinem ersten Erscheinen her (Schleiz, 1868) in schlechtem Andenken steht. Dennoch hat sich die Verlagshandlung zu einer Neuherausgabe entschlossen, da die Schrift — abgesehen von der unwissenschaftlichen Geschichtsschreibung des Verfassers — zahlreiche authentische Aktenstücke von hohem Werth enthält; ferner über eine Episode aus dem Leben unseres großen Vorkämpfers Lassalle Aufschluß giebt, die für jeden Menschen ein rein menschliches, für jeden Sozialdemokraten ein besonderes parteigeschichtliches Interesse hat.

Wir können das Buch zur Anschaffung für Vereins- und Privatbibliotheken bestens empfehlen.

Alle Buchhandlungen, Kolporteure und Zeitungsspediteure nehmen Bestellungen entgegen.

Wiederverkäufer Rabatt.

Bei Bestellungen von Auswärts ersuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages. (Porto extra.)

Musikinstrumente.
Lager in **Zithern, Violinen, Guitarren, Harmonikas. Alle Blasinstrumente, Trommeln, Flöten und Klarinetten, Spieldosen** zum drehen und selbstspielend, **Albums und Bierseidel mit Musik.** Musikwerke-Verleih, alle mit Arbeiterliedern. Theilzahlung gestattet. 1938L
Aug. Kessler, 51 Lausitzerstr. 51, am Platz.

Berlin S.-O. **A. Schulz,** Berlin S.-O.
Nr. 5. Reichenberger-Straße Nr. 5.
Möbel- u. Polsterwaaren-Fabrik.
Anerkannt gediegene Arbeit. Zeitgemässe Preise. Coulante Bedingungen.

4 Pfund hausbacken **Roggen-Brot**
für 50 Pfennig. 2671b
Gitschinerst. 16, a. d. Alexandrinenstr.

Drucksachen jeder Art liefern gut u. zu soliden Preisen **Böllhoff & Schumann,** Teltowerst. 17. Achtung! Südwesten.

Verantwortlicher Redakteur: August Enders in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 97. Dienstag, den 26. April 1892. 9. Jahrg.

Parteinachrichten.

Zur Maifeier. Die Wandsbecker Polizei hat neben dem Sozialdemokratischen Verein auch den Gewerkschaften die Abhaltung eines Umzuges verboten. Als Kennzeichnung der Umzugsverbote darf wohl eine Hamburger Mittheilung der kapitalistischen „Kölnischen Zeitung“ dienen, worin es heißt: Niemand glaubt mehr an die Gefährlichkeit solcher Kundgebungen. Was für Hamburg und Umgegend gilt, trifft in dieser Sache für ganz Deutschland zu. Die Polizei ist eben päpstlicher als der Papst. — Die Arbeiter Mülhausens im Elsaß halten am Vormittag des 1. Mai eine Volksversammlung und Nachmittags im Hirtzbacher Wäldchen ein Waldfest ab. — Am Vorort des „Nordamerik. Turnerbundes“, Chikago, haben die zu demselben gehörenden Turnvereine einen Aufruf erlassen, dahin gehend, daß sich alle Turner an der 1. Mai-Demonstration für den Achtstundentag betheiligen möchten. — In Hamburg wird die Feier wie immer auf das imposanteste ausfallen. Zur Theilnahme am Zuge, in dem sich außer den Gewerkschaftskapellen 10 Musikkapellen befinden werden, haben sich bis jetzt 67 Gewerkschaften gemeldet; jeder der drei sozialdemokratischen Vereine stellt 100 Ordner. Die Arbeitslosen erhalten Gratiskarten. — Das Ministerium des Großherzogthums Sachsen-Weimar hat es für nöthig befunden, zum 1. Mai alle öffentlichen Versammlungen und Umzüge zu verbieten. — Aus dem Königreich Sachsen wird berichtet, daß das sächsische Ministerium des Innern an alle Polizeibehörden des Landes eine Verordnung hat ergehen lassen, auf Grund deren alle Massenaufzüge, Versammlungen im Freien u. drgl., welche zu Ausschreitungen führen „können“, verboten werden sollen. Es ist schon öfter erklärt worden, daß es ganz gleich, in welcher Weise die Maifeier vor sich geht, ob mit oder ohne Umzug, ob mit Versammlung oder nicht — eine Form, in welcher den herrschenden Klassen der Wille des Proletariats deutlich vor Augen geführt wird, findet sich doch und ebenso sicher ist, daß wie heute der großdeutsche Gedanke, den zu vernichten seinerzeit die Partikularstaaten Himmel und Hölle in Bewegung setzten, unterm Einflusse der wirthschaftlichen Entwickelung über die Partikularstaaterei siegte, so auch die Sozialdemokratie über alle Vernichtungsversuche auf der Grundlage der Wirthschaftsentwickelung zum Siege schreiten wird. Daran kann weder ein großherzogliches noch ein königliches Ministerium etwas ändern. Befremdlich ist es nur, daß man auf die erwähnten überflüssigen Zwangsmittel nicht von selber verzichtet. — Die Maifeier der organisirten Arbeiter Winterthurs wird in einem Umzug durch die Stadt zur Schützenwiese bestehen, wo Redakteur Wullschleger aus Basel die Festrede hält. Musik, Liedervorträge mehrerer Gesangschöre und Massengesang bilden die weiteren Programmpunkte. — Der Mannheimer Stadtrath hat dem Ersuchen der sozialdemokratischen Partei, ihr zur Feier des 1. Mai eine städtische Wiese zu überlassen, entsprochen und ist zu diesem Behufe eine Wiese am Floßhafen angewiesen.

— Eine in Granada (Spanien) abgehaltene sozialistische Versammlung rieth die Anwendung friedlicher Mittel für die Demonstration am 1. Mai an. Zahlreiche „verdächtige“ Fremde sind aus Cadix ausgewiesen worden.

* * *

Buhla bei Nordhausen. (Edelmännisches.) Vor einiger Zeit wandten sich hiesige Weber an den Redakteur der „Thüringer Tribüne“, Genossen Hülle mit dem Ersuchen, hier oder in der Umgegend in einer Volksversammlung zu sprechen. Hülle erklärte sich auch hierzu bereit, ein Saal war bald gefunden und die Versammlung wurde dem Vorsteher des Amts Lipprechterode, Freiherrn v. Eberstein, angemeldet. Dieser erklärte jedoch, er müsse den Referenten erst persönlich kennen lernen, ehe er die Anmeldungsbescheinigung ertheile. So gern Hülle diesem Verlangen nachgekommen und dem Herrn seine Aufwartung gemacht hätte, glaubte er doch mit Rücksicht auf die immerhin nicht unbedeutende Entfernung zwischen Erfurt und Buhla auf das Vergnügen persönlicher Bekanntschaft verzichten zu müssen, zumal das Vereinsgesetz von einer solchen persönlichen Vorstellung eines Redners nichts weiß. Die Versammlung mußte infolge dessen auf einen der folgenden Sonntage verschoben werden. Diesmal meldete Genosse Hülle die Versammlung selbst und zwar schriftlich an, indem er gleichzeitig unter ausdrücklichem Hinweis auf die Bestimmung des preußischen Vereinsgesetzes um Ertheilung der Anmeldebescheinigung ersuchte. Nun entwickelte sich folgendes Stilleben. Der Amtsvorsteher sandte dem Wirth Schröter, welcher seinen Saal zur Versammlung hergeben wollte, nachstehenden Schreibebrief:

Der Redakteur der „Thüringer Tribüne“, Herr Gustav Hülle in Erfurt, meldet unter heutigem Dato an, daß er in Ihrem Lokale Sonntag, den 3. April a. cr., Nachmittags 3½ Uhr eine Volksversammlung abhalten will. — Ich frage hiermit an, ob Sie gewillt sind, Ihr Lokal zu obigem Zwecke zur Benutzung zu geben und ersuche Sie, mir hierüber ihre Willensmeinung zu äußern.

Der Amtsvorsteher:
Gustav Frh. v. Eberstein.

Der Wirth muß das wohl als einen Wink mit dem Zaunpfahl aufgefaßt haben, denn er antwortete:

Da ich den genannten Herrn weder persönlich noch schriftlich kenne, stelle ich mein Lokal unter keiner Bedingung zur Verfügung.

Wilhelm Schröter, Gastwirth.

Beglaubigt der Schulze Hartung.
Buhla, den 1. 4. 92.

* * *

Ein vernünftiges Urtheil über den Dynamitschwindel fällte die „Kolmarer Zeitung“. Sie schrieb in ihrer Mittwochs-Nummer:

„Mit großer Spannung erwartet man überall den ersten Mai, welcher zur Zeit die Meinungen sehr bewegt. Während die Einen ängstlich diesen Tag erwarten, so besteht wie es scheint eine gewisse Partei, welche es liebt, diese Angst in den Gemüthern zu unterhalten. Es ist wie wenn ein großes Komplott geschmiedet worden sei, um die Bourgeoisie zu beunruhigen; ganz systematisch werden von Zeit zu Zeit Nachrichten von der Entdeckung großer Massen Dynamits und zahlreicher Sprengapparate, in die Welt hinausgeschleudert, wenn dann eine Untersuchung gemacht wird, so stellt sich heraus, daß die Gefahr bei weitem nicht so groß war. In Spanien ist dies zu einem wahren Sport geworden; jeden Tag kommen von dort Sensationsnachrichten über Bombenlegen, Explosionen und Verhaftungen. Zuerst war man dort natürlich erschreckt worden, nachher nahm man die Sache doch ruhiger auf, und in Bezug auf das geplante Attentat gegen die spanische Kammer hat die Auffassung desselben ganz umgeschlagen; es scheint, daß die ganze Sache nur durch Spitzel angezettelt war. Die Sprengapparate, welche in das Kammergebäude gelegt wurden, haben nach der Aussage der militärischen Experten die ihnen zugeschobene Sprengkraft gar nicht; und das Attentat soll sogar durch einen Mann angezettelt worden sein, der schon oft als Verräther und Lockspitzel in ähnlichen Intriguen verwickelt war. Es ist eine unendlich beschämende Thatsache für unser Bürgerthum, daß nur sehr wenige seiner Organe sich ein ruhiges Urtheil über den plumpen Dynamitspektakel gewahrt haben.“

Als Lüge bezeichnet die Wiener „Arbeiterzeitung“ die Nachricht eines Korrespondenten der „Kreuz-Zeitung“, wonach der Wiener Buchdrucker Höger zu den dortigen „Unabhängigen“ übergetreten sein sollte. An der ganzen Korrespondenz, die in bekannter Manier die Leitung der österreichischen Sozialdemokratie verunglimpfte, sei nur das Eine wahr, daß das Verbot des Linzer Parteitags auf die Intervention des Redakteurs der bürgerlichen „Sonn- und Montagszeitung“ zurückzuführen sei.

* * *

In Sagan fand am 18. April eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Jahn aus Berlin über das Thema sprach: Die Sozialdemokratie und die politische Lage. Als er, ziemlich am Schlusse angekommen, bei der Besprechung französischer Verhältnisse die Aeußerung gebrauchte: eine Republik nach dem sozialen Programm sei das Endziel, was man in Frankreich erstrebe, löste der überwachende Polizei-Inspektor die Versammlung auf. Gegen die Auflösung ist natürlich Beschwerde eingelegt. Genosse Jahn hat in Sagan das erste Mal, aber hoffentlich nicht zum letzten Mal gesprochen, und die Genossen werden dafür sorgen, daß daselbst unsere Ideen immer kräftiger Wurzel schlagen und zunächst die Maifeier zu einer in jeder Beziehung imposanten sich gestaltet.

* * *

Todtenliste der Partei. In der Universitätsklinik zu Erlangen ist am 20. April der Metalldreher Johann Lämmel, 30 Jahre alt, gestorben.

* * *

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— 9 Monate Gefängniß beantragte der Staatsanwalt in Halberstadt gegen den Redakteur der dortigen „Sonntags-Zeitung“, weil dieselbe den Dr. Hans Blum aus Leipzig wegen dessen sachlich schlecht fundirter Thätigkeit gegen unsere Partei schärfstens kritisirt hatte. Ueber die interessante Verhandlung selbst bringen wir noch ein ausführliches Referat; für heute sei nur mitgetheilt, daß die Halberstädter Strafkammer die Beleidigung des Leipziger Sozialistentödters mit 300 M. Geldstrafe hinreichend gesühnt erachtete. Erwiesen wurde vor Gericht, daß Dr. Hans Blum, der in seinem Buche „Die Lügen der Sozialdemokratie“ behauptet, sein Wort trage „die Kraft der Wahrheit“ in sich, über sozialdemokratische Dinge sehr unwahre Angaben gemacht hat. Die Sozialdemokratie kann das freilich nicht überraschen.

— Sächsisches. Die Leipziger Kreishauptmannschaft hat das amtshauptmannschaftliche Verbot einer für den Vorort Schönefeld angemeldet gewesenen Versammlung bestätigt, „da im Hinblick auf die unmittelbar zuvor in Leipzig stattgefundenen tumultuarischen Ansammlungen und Aufzüge von Arbeitslosen einerseits, und die durch die Lehren und Anstrebungen der sozialdemokratischen Partei hervorgerufene und geflissentlich genährte Mißachtung der bestehenden Rechtsordnung andererseits die Amtshauptmannschaft allerdings in der Abhaltung jener von sozialdemokratischer Seite berufenen Versammlung an einem mit nur geringem Exekutivpersonale versehenen Vororte eine dringende Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit erblicken durfte.“ Hierzu bemerkt der „Wähler“: „Bekanntlich wurde die Versammlung verboten, weil der Herr Amtshauptmann der Meinung war, der ihm unbekannte Referent solle über die bestehende Arbeitslosigkeit sprechen, während Herr Goldstein in seiner Eigenschaft als Volksvertreter nach der bei der Behörde eingereichten Versammlungs-Anzeige Bericht über die Thätigkeit des Landtages erstatten sollte. Dem Irrthum des Herrn Amtshauptmanns war das Verbot geschuldet. Bedenkt man, daß die Kreishauptmannschaft ein Verbot von Versammlungen für berechtigt hält, wenn die verbietende Behörde „nur mit geringem Exekutivpersonal versehen ist“, dann hat das Verbieten von Versammlungen überhaupt keine Grenze mehr.“

— Elsässisches. In Saargemünd, Bühl, Lautenbachzell wurde der öffentliche Anschlag eines Plakats verboten, in welchem zum Abonnement auf die „Elsaß-Lothringische Volkszeitung“ aufgefordert war. „Ich finde, daß es der Presse hier sehr gut geht“, soll im Landesausschuß kürzlich der Unterstaatssekretär v. Köller gesagt haben. Ob er die überflüssige Anwendung des Louis Philipp'schen Gesetzes vom 10. Dezember 1830, auf Grund dessen das Verbot erfolgte, auch zu den Annehmlichkeiten der Presse rechnet? Jedenfalls ist er entweder ein großer Optimist oder über die Behandlung, welche man der sozialdemokratischen Presse angedeihen läßt, nicht unterrichtet.

— Oesterreichisches. Kapitel Preßfreiheit. Am 29. März wurde in Pilsen unser czechisches Bruderorgan „Heslo“ durch richterlichen Spruch mundtodt gemacht, d. h. behördlich eingestellt. Das Blatt hatte unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen um seine Existenz zu kämpfen. Die gesammte südböhmische Reaktion schien sich gegen das Blatt verschworen zu haben, kein Drucker in Pilsen wollte, oder besser, durfte es drucken, dem Redakteur wurde der Prozeß gemacht wegen einer ganzen Reihe von Delikten, die er verbrochen haben sollte, dabei die beschränkten materiellen Mittel der Herausgeber und das undankbare, dornige Feld! Trotz alledem erlebte das Blatt fünf Nummern. Allein die Feinde wachten, seine Tage waren gezählt. Auf einen vagen Verdacht hin, der sich aus dem Umstand ergab, daß das Blatt in Prag gedruckt und in Pilsen herausgegeben wurde, stellte man dasselbe behördlich ein.

Lokales.

Die Lokalkommission theilt mit, daß die Direktion der Norddeutschen Brauerei definitiv ablehnt, ihr Etablissement zur Maifeier herzugeben. Wir erwarten nun von den Genossen, daß der Beschluß, welchen die Volksversammlung am 19. d. M. betreffs der Lokale Schloß Schönholz, Feld-Schlößchen, Müllerstraße 142, Ahrens Brauerei Moabit, gefaßt hat, jetzt auch betreffs der Norddeutschen Brauerei, streng durchgeführt wird. Zu gleicher Zeit wird mitgetheilt, daß der Gastwirth Bischow in Treptow, der Restaurateur Paul Rehfeld auf Karolinenhof (zwischen Schmöckwitz und Grünau), der Restaurateur Otto Freutz, Berlin, Liebenwalderstr. 43, sich bereit erklärt haben ihre Säle und Gärten unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Der Oekonom vom Schweizer Garten erbietet sich ebenfalls sein Etablissement und Saal herzugeben, hierüber wird jedoch erst die Lokalkommission befinden.

Die Lokalkommission.
J. A.: J. Wernau, Rosenstr. 30.

Arbeiter von Pankow und Nieder-Schönhausen. Die Gegner haben es glücklich fertig gebracht, daß für uns in Pankow und Nieder-Schönhausen kein Saal zu Versammlungen zu haben ist. Wir kommen deshalb mit unserer Maifeier in eine Kalamität. Wir könnten zwar dieselbe auswärts feiern, aber wir befürchten, daß der demonstrative Charakter, welchen das Fest haben muß, verloren geht, da unsere Genossen die lange Arbeitslosigkeit des Winters im Haushaltetat noch zu sehr verspüren und mit jeden Groschen rechnen müssen. Gastwirth Borchardt hat nun einen Saal, welcher 1200 Personen faßt, erbaut; derselbe wird bis 1. Mai fertig, aber die Behörden werden es mit der Gebrauchsabnahme nicht so eilig haben, daß derselbe zur Maifeier benutzt werden kann. Nun hat der Diskutirverein „Proletarier“ beschlossen, die diesjährige Maifeier in die Hand zu nehmen, wobei zwar unter den angegebenen Verhältnissen von großer Reklame nicht die Rede sein kann. Doch auch unsere Demonstration zu Gunsten des Achtstundentages wird imposant sein — können. In unserm Vereinslokal, eben bei Borchardt, Schulzestraße, halten wir gemüthliches Beisammensein, verbunden mit Konzert, Gesangsvorträgen der Arbeiter-Gesangvereine „Echo“, „Blaue Schleife“ und „Zukunft“. Vielleicht wird auch ein Genosse der Bedeutung des Tages in Worten Ausdruck geben, getanzt kann unter Umständen auch werden. Würde das Wetter, im Garten zu sitzen, nicht freundlich genug sein, nun da ist Genosse Borchardt auch kein Unmensch, daß er seine Gäste der Unbill der Witterung aussetzt, sondern wird seinen neuerbauten Saal uns einstweilen zur Verfügung stellen resp. uns provisorisch einweihen lassen. Damit also die Maifeier ebenso imposant wie die vorjährige werde, schließt Euch recht zahlreich als Gäste mit Euren Frauen und Kindern obengenanntem Verein an und Ihr sollt sehen, daß ein gemüthliches Beisammensein unter Umständen auch Maifeier genannt werden kann. Erscheint also recht zahlreich und beweist dadurch, daß Ihr trotz aller Hindernisse auf dem Boden der Arbeiterbewegung steht.

Im Auftrage des Komitee's:
Emil Bilz, Pankow, Schulzestraße 15.

Zur Beachtung für die Berliner Genossen! Aus Strausberg wird uns über die Maifeier geschrieben: Am Sonntag Vormittag versammeln sich die Genossen zum Frühschoppen und zur Einleitung der Feier im Lokale des Herrn W. Krüger, woselbst von 11—1 Uhr Konzert stattfindet. Nachmittag ist von 4 Uhr ab großes Konzert unter Mitwirkung des Gesangvereins Liedesfreiheit II, um 5 Uhr Festrede, gehalten von Herrn Dr. Pinn aus Berlin, worauf Volksbelustigungen, Kinderpolonaise ꝛc. folgen, und Abends findet in demselben Lokale ein Ball des Arbeiter-Bildungsvereins statt. Zugleich bitten wir die Genossen, die von Berlin nach hier Ausflüge unternehmen, im Lokale des Herrn Krüger einzukehren. Er ist der Einzige, der uns sein Lokal zu Versammlungen ꝛc. zur Verfügung stellt.

Parteigenossen Berlins und Umgegend! Die Zeit der Ausflüge naht und mit dem Beginn derselben halten wir es auch in diesem Jahre für unsere Pflicht, die Genossen Berlins und Umgegend darauf aufmerksam zu machen, daß es uns bis dato noch nicht gelungen ist, irgend eines der Lokale, welche Säle besitzen, zu Arbeiterversammlungen zu bekommen. Wir richten nun an alle zielbewußten Genossen die Bitte, uns in dem gerechten Kampfe gegen diese Beeinträchtigung zu unterstützen, daß sie bei einem etwaigen Ausfluge nach unserem Orte auch alle diejenigen Wirthe gebührend zu würdigen wissen werden, welche ihre Säle resp. Lokale nicht zu Versammlungen hergeben. Wir erlauben uns im Nachstehenden alle diejenigen Wirthe anzugeben, welche ihre Lokalitäten verweigern.

Saalinhaber:

1. Restaurant Schützenhaus (Inhaber: Husen und Benecke Blumenstraße).
2. Restaurant zur Königshöhe (Inhaber: Stiller, Berlinerstraße.
3. Restaurant Alexandrinenbad (Inhaber: Hanf (Berlin) Wriezenerstraße).
4. Restaurant vormals Voß, Alt Kietz.
5. Hotel Bellevue (Inhaber: Haak, Brunnenstraße.)
6. Hotel Micha (Inhaber: Micha, Brunnenstraße).
7. Hotel Kurhaus (Inhaber: Parth, Gesundbrunnen.
8. Hotel Stadt Berlin (Inhaber: Osterwitz, Marktstraße).
9. Hotel Schröder (Inhaber: Schröder, Königstraße).

In Falkenberg bei Freienwalde a. O.
Restaurant Kettlitz und Restaurant Seidel.

Gartenlokale:

1. Berliner Schlößchen (Inhaber: Köhne, Berlinerstraße).
2. Demuth's Restaurant (Inhaber: Demuth Alt Kietz).
3. Restaurant grüne Tanne (Inhaber: Loeck, Brunnenstraße.)
4. Restaurant Gütting } beide dicht am Bahnhof.
5. „ Lehfeldt }
6. Schweizerhäuschen zwischen Freienwalde ꝛc. und Falkenberg.

Das einzige Lokal das uns zur Verfügung steht, ist der Gasthof zum goldenen Anker (mit Garten und Kegelbahn) Inhaber: Naddatz, Kanalstraße 3. Briefe und Anfragen sind zu richten an Franz Kirchert, Bahnhofstraße 16.

Die Lokalkommission für Freienwalde.

Wohlfahrtskonferenz. Die erste Konferenz der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen wurde heute Vormittag 10¼ Uhr im Mittelsaale des Architektenhauses in Anwesenheit des Staatsministers v. Bötticher, des Handelsministers v. Berlepsch, des Unterstaatssekretärs Magdeburg, der Geheimräthe Lohmann, Thielen, Sydow, Königs bei einer Anwesenheit von etwa 200 Delegirten der industriellen und landwirthschaftlichen Kreise durch den Staatssekretär a. D. Herzog eröffnet.

Auf der Tagesordnung der Konferenz stehen zwei Gegenstände: 1. die Verbesserung der Wohnungen und 2. die zweckmäßige Verwendung der Sonntags- und Feierzeit. Betreffs des ersten Punktes wurde gleich beschlossen, keine Resolution zu fassen, sondern nur die Sache zu beleuchten und „schätzbares Material“ zu liefern. Es ist dieses die Taktik, welche der Verein für Sozialpolitik seit einer Reihe von Jahren betrachtet. Die Reden der Herren F. Kalle-Wiesbaden, Dr. Albrecht, Dozent am Hannover'schen Polytechnikum Nußbaum, Ober-Bergrath Täglichsbeck, Kapitänlieutenant Harms, Eisenbahndirektor Thiele zeigen durchgängig, daß ein „warmes Herz“ sie auch für die Arbeiter haben, sie ein noch viel wärmeres Herz für den Arbeitgeber haben; das Wohl des Arbeiters eine Unabhängigkeit von seinem Ausbeuter vermögen sie nicht zu fassen. Der noch zur Verhandlung ausstehende zweite Gegenstand der Verhandlung ist nun gar etwas, was die Herren den Arbeitern selbst überlassen sollten. Mögen sie sich lieber bekümmern um die Verwendung der freien Zeit der Kommerzienräthe, Rittergutsbesitzer und seiner Kavaliere.

In wahrhaft schmutziger Weise suchen viele Arbeitgeber, nicht zufrieden damit, daß sie die Löhne so tief wie möglich herabdrücken, auch noch den kargen Lohn der Arbeiter in unrechtmäßiger Weise abzuknapsen. So ist uns eine ganze Menge Fälle bekannt, wo Arbeitern, die auf Wochenlohn angestellt waren, der Lohn für den zweiten Ostertag abgezogen wurde. In einer Kistenfabrik wurde mehreren Arbeitern, die gegen Stundenlohn arbeiten, am Oster-Heiligenabend, weil die Maschinen am Nachmittag gereinigt wurden, der Lohn für 2½ Stunden, von 1½ Nachmittag bis 4 Uhr abgezogen. Wenn auch der Lohn stundenweise berechnet wird, so ist damit nicht gesagt, daß der Fabrikant nach eigenem Belieben, wie es ihm paßt, für den Arbeitern zwangsweise auferlegte Pausen den Lohn kürzen kann. Das sind alles unrechtmäßige Abzüge, die der Arbeiter aber sich vielfach gefallen läßt, weil er entweder seine Arbeitsstelle zu verlieren befürchtet, oder die Laufereien, Scherereien und vor allem den Zeit- und damit auch den Lohnverlust, den ihm die Verfolgung seines Rechts verursacht, scheut. Die Ausbeutung der Arbeit ist wohl überall in der Welt dieselbe, die hier geschilderte Lohnhinterziehung aber zeigt einen besonders schmutzigen Charakter.

Die sozialdemokratischen Handlungsgehilfen treten soeben in eine lebhafte Agitation für die Arbeitszeit-Verkürzung ein; sie werden auch am 1. Mai nicht fehlen. Die Zahl der stellenlosen Kaufleute in Berlin zählt augenblicklich nach vielen Tausenden. Einen Beleg für die Misère im Handlungsgehilfenstande enthält auch der kürzlich veröffentlichte Verwaltungsbericht des (antisozialdemokratischen) „Kaufmännischen Hilfsvereins zu Berlin" für das Jahr 1891. Die Rechnungsführung des Vereins schloß mit einem Defizit von 6238,08 Mark ab. Die Krankenhilfe erforderte 8801,06 M. mehr als im Vorjahre. Die Zahl der Patienten war größer; die Stellenlosigkeit ist oft die Ursache von Krankheit, während in anderen Fällen umgekehrt die Krankheit Stellenlosigkeit zur Folge hat. Der Durchschnittsaufenthalt in den Krankenhäusern war länger. Die Verpflegungskosten stellten sich höher infolge der Vertheuerung der Lebensmittel. Der Vorstand erklärt, daß der Verein künftig nur dann seinen Verpflichtungen nachkommen kann, wenn Wohlhabende ihn unterstützen. Wer auch nur fünf Mark giebt, wird in dem Jahresbericht namentlich aufgeführt und erntet als Wohlthäter den unterthänigsten Dank des braven Hilfsvereins. So werden die Gehilfen noch fester an die Prinzipale gekittet und wer von den Handlungsgehilfen sich fortan noch der Sozialdemokratie anschließt, erscheint im Lichte schwärzester Undankbarkeit: wie kann er aufmurren gegen den Prinzipal, der die Krankenhilfe des Vereins so hochherzig unterstützt? Sieht er immer noch nicht die Interessengemeinschaft zwischen Unternehmer und Arbeitern ein? Der „Kaufmännische Hilfsverein" gewährt unter Umständen Darlehen; pro 1891 beliefen sie sich auf 3247,99 M. (708,51 M. weniger als im Vorjahr). In dem Bericht wird aber „energisch" Rückzahlung der dargeliehenen Beträge gefordert. Ja, wovon soll der stellenlose Handlungsgehilfe wohl zurückzahlen?

In der Angelegenheit des Restaurateurs Appeler erhalten wir folgendes Schreiben: Auf die Erwiderung des Herrn Appeler in Nr. 92 des „Vorwärts" habe ich zu erwidern, daß Herr Appeler bei meiner Anfrage wörtlich sagte, und das zwei Mal hinter einander: „Ich lasse mich damit nicht ein." Was die Zeit anbetrifft, so überlasse ich es Jedermann darüber zu urtheilen, ob man ein von der Berliner Arbeiterschaft gewähltes Komitee künstlich dadurch die Thüre weist, daß man dem Betreffenden antwortet, man habe keine Zeit. Ich halte das, was in Nr. 92 d. Bl. steht, vollkommen aufrecht. Für mich ist die Sache in der Oeffentlichkeit abgemacht. Sollte jedoch Herr Appeler damit nicht zufrieden sein, dann möge er sich an das Komitee des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises wenden und zwar an folgende Herren: Restaurateur Weber, Landsbergerstraße 40; Franz Schmidt, Greifswalderstraße 8 a, Hof 4 Tr.; Zigarrenhändler Fritz Berndt, Neue Schönhauserstraße 18. Achtungsvoll Franz Schmidt, Greifswalderstr 18 a.

Ueber ein befremdliches Vorkommniß wird uns von betheiligter Seite berichtet: Der Maurer Wilke, ein Neffe des Verlegers des „Bauhandwerkers" Fritz Wilke, ist seit einem Jahre bei dem Maurermeister Michaelis in Großbeeren beschäftigt und wohnt an diesem Orte mit seinem Meister in einem Hause, er für seine Person in Schlafstelle. Am zweiten Osterfeiertage hatte Wilke Besuch aus Berlin erhalten in Gestalt eines jungen Mannes, welcher hier als Dachdecker in Arbeit steht. Als sich Beide gegen 1 Uhr Nachts aus einem Bierlokale nach Hause begaben, pfiffen sie ein Liedchen vor sich hin, was ihnen durch den Gendarmerie-Wachtmeister Raschke untersagt wurde, worauf das Pfeifen pflichtschuldigst eingestellt wurde. Als die beiden jungen Leute vor dem Wohnhause des Wilke angelangt waren, sagte dieser zu seinem Freunde, er solle die Hausthüre öffnen. Ach, meinte dieser, du kannst mir den Buckel entlang rutschen! Der Gendarm, welcher Beiden gefolgt war und diese Aeußerung gehört und auf sich bezogen hatte, stürzte nunmehr — wie man uns schildert — auf die beiden jungen Leute zu, welche gerade noch Zeit hatten, in das Haus zu flüchten. Doch auch dahin folgte ihnen der Gendarm. Während der Dachdecker Gelegenheit fand, sich zu verstecken, wurde Wilke auf dem Hofe des Hauses von dem Gendarm gepackt, welcher dem Wilke seinen Spazierstock entriß und mit diesem ihn jämmerlich durchprügelte. Wilke ersuchte den Gendarm, von ihm abzulassen und ihn zur Polizeiwache zu führen, woselbst die nöthige Klarheit in die Situation kommen würde, nannte auch auf Befragen seinen Namen, erhielt aber nach wie vor wuchtige Hiebe mit seinem eigenen Spazierstocke, so daß ihm sein Hut zerschlagen und beinahe ein Auge ausgeschlagen wurde, infolge dessen er stark blutete. Als durch das Geschrei und Lärmen Hausbewohner, u. A. die Wirthin und der Meister des Wilke, auf der Bildfläche erschienen, ließ der Gendarm von Wilke ab und verschwand. Wilke ist infolge der erhaltenen Verletzung mehrere Tage arbeitsunfähig, hat sich ein ärztliches Attest ausstellen lassen und gedenkt den Gendarm gerichtlich zu belangen.

Ueber einen Selbstmord berichtet uns ein Augenzeuge: „Ich passirte Sonnabend Abend um 9¾ Uhr die Jannowitzbrücke, wo kurz vor meiner Anwesenheit ein Mann in's Wasser sprang, derselbe hielt sich noch einige Minuten über Wasser und schrie um Hilfe. Da ich nun sofort nach einen Rettungskahn suchte und keinen fand, so erwischte ich einen anderen Kahn, kam aber leider zu spät, der Rettungsball reichte nicht bis zur Stelle und der Unglückliche sank vor meinen Augen unter. Dieser Fall ist polizeilich nicht bekannt, da kein Beamter zugegen war."

Arbeiter-Bildungsschule. Den Schülern und Mitgliedern der Arbeiter-Bildungsschule zur Nachricht, daß Herr Dr. Pinn Anfang Mai in dem Geschichtsunterricht in der Südschule Hagelsbergerstr. 43 über die „französische Revolution", in der Südostschule Reichenbergerstr. 133 über „Griechische Geschichte" unterrichten wird.

Ferner wird ersucht, alle schriftlichen Zusendungen an den ersten Vorsitzenden H. Mattutat, SO, Wrangelstr. 124, Geldsendungen an den Kassirer H. Gumpel, NO, Barnimstr. 42, gelangen zu lassen.

Polizeibericht. Am 22. d. M. Morgens vergiftete sich ein Kaufmann in seiner Wohnung in der Oranienstraße mittelst Cyankali. — In der Nacht zum 23. d. M. erhängte sich ein obdachloser Arbeiter auf dem Hofe des Grundstücks Rheinsbergerstraße 35 an der Runge eines dort stehenden Wagens. — Am 23. d. M. Vormittags wurde in der Spree, vor dem Hause Schiffbauerdamm 29, die bereits sehr in Verwesung übergegangene Leiche eines unbekannten Mannes angeschwemmt. — Der geisteskranke Sohn eines Schankwirths machte in der elterlichen Wohnung, in der Köpnickerstraße, einen Selbstmordversuch, indem er sich mit Spiritus begoß und diesen anzündete. Er erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er bald darauf im Krankenhause Bethanien starb. — Nachmittags gerieth das Dach des Lokomotivschuppens auf dem Güterbahnhofe der Schlesischen Eisenbahn in der Mühlenstraße in Brand. Die Feuerwehr löschte das nicht unbedeutende Feuer in etwa zwei Stunden. — Am 24. d. M. Mittags gerieth einem zweijährigen Knaben in der elterlichen Wohnung in der Oderbergerstr. 38 beim Mittagessen ein Stück von einer Mohrrübe in die Luftröhre, so daß er bald darauf erstickte. — In einem Hotel wurde Nachmittags ein Kaufmann von außerhalb erhängt vorgefunden. — Abends erschoß sich ein Klempnergeselle in seiner Wohnung, in der Metzerstraße, mittelst Revolvers. — Auf dem 2. Hof des Grundstücks Köpnickerstr. 147 brach Morgens im 4. Stock eines Fabrikgebäudes Feuer aus, wodurch große Vorräthe an Filzfabrikaten und das darüber befindliche Holzzementdach zerstört wurden. — Außerdem fanden am 23. und 24. d. M. acht kleinere Brände statt.

Gerichts-Zeitung.

Zwei sozialdemokratische Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung, die Schankwirthe Johann Gnadt und Karl Friedrich Zubeil standen gestern unter der Anklage der Beihilfe zum Vergehen gegen die öffentliche Ordnung vor der Strafkammer des Landgerichts I. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Schmidt, die Anklagebehörde vertrat Staatsanwalt v. Rheinbaben, die Vertheidigung lag in den Händen der Rechtsanwälte Freudenthal und Stadthagen. Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde. Am 6. Juni v. J. ließ der in der Naunynstraße wohnende Angeklagte Zubeil vom nächsten Droschken-Halteplatz den Droschkenkutscher Müller holen. Der Letztere traf im Zubeil'schen Lokale einen fremden Herrn, welcher erklärte, daß er eine Fahrt machen wolle. Der Kutscher wurde beauftragt, eine Anzahl Packete, welche sich in einem Hinterraum des Zubeil'schen Lokales befanden, von dort nach dem Wagen hinauszutragen. Nachdem dies geschehen, stieg der fremde Herr ein und die Droschke fuhr ab. Die Polizei war davon in Kenntniß gesetzt worden, daß in jenen Tagen verbotene sozialdemokratische Schriften aus dem Zubeil'schen Lokale bezw. dessen Wohnung fortgeschafft werden sollten. Es war deshalb ein Beamter beauftragt worden, das Lokal von der Straße aus in unauffälliger Weise zu beobachten. Dieser hatte die geschilderten Vorgänge bemerkt, er verfolgte die Droschke, die ihm aber aus den Augen kam. Der Beamte sah nach einiger Entfernung, daß der Fahrgast den Wagen verließ und die Droschke mit den Packeten weiter fuhr. Da der Beamte sich die Droschkennummer gemerkt, so war es ein Leichtes, den Kutscher zu ermitteln. Dieser erklärte auf Befragen, daß er die Packete nach dem Lokale des Schankwirths Gnadt in der Brunnenstraße habe fahren müssen. Hier seien dieselben in einem Nebenraum untergebracht worden. In der Frühe des folgenden Tages wurde bei Gnadt Haussuchung gehalten und hierbei ein Packet gefunden, welches 100 Exemplare einer verbotenen sozialdemokratischen Druckschrift „Liederbuch für das arbeitende Volk" enthielt. Da der Inhalt dieser Lieder zum Theil aufreizender Natur ist, indem zu Gewaltthätigkeiten aufgefordert wird, auch bereits durch Gerichtsbeschluß die Einziehung des Buches angeordnet worden ist, so wurde gegen Gnadt und Zubeil obige Anklage erhoben. Die Angeschuldigten bestritten, daß sie von dem Inhalte der Packete Kenntniß gehabt. In Schanklokalen komme es so häufig vor, daß unbekannte Gäste um zeitweise Aufbewahrung von Gegenständen bäten, daß der Wirth darin etwas Verfängliches nicht erblicken könne. Als die Verlesung der beanstandeten Lieder beginnen sollte, wurde die Oeffentlichkeit der Verhandlung ausgeschlossen.

Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagten je drei Monate Gefängniß.

Das Urtheil lautete gegen Gnadt auf Freisprechung, gegen Zubeil auf 100 M. Geldstrafe.

Eine tumultuarische Scene, welche am 18. März d. J. in der Friedenstraße stattfand, bildete die Grundlage einer Verhandlung, mit der gestern das Schwurgericht des Landgerichts I unter dem Vorsitze des Landgerichts-Direktors Schenk eine neue Periode begann. Der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Maurer Karl Neumann war des Aufruhrs beschuldigt. Die Anklage stellt den Vorgang in folgender Weise dar: In der Friedenstraße sammelte sich in der Mittagstunde eine Menschenmenge von 4 bis 500 Personen an, welche aufrührerische Aeußerungen fallen ließ, sodaß der dort postirte Kriminal-Schutzmann Klee zur nächsten Wache schickte und um Unterstützung bat. Inzwischen forderte er die Menge auf, sich zu zerstreuen. Sofort fiel eine Anzahl Personen über ihn her und mißhandelte ihn. Dasselbe Schicksal theilten der pensionirte Wachtmeister v. Schick und der Buchhalter Rosenkranz, als dieselben für den Mißhandelten eintraten. Zum Glück erschien jetzt die von Klee erbetene Hilfe, in wenigen Augenblicken war die Straße durch die energisch einschreitende Schutzmannschaft von den Tumultuanten gesäubert. Nur einer derselben, der Angeklagte, war dabei der Polizei in die Hände gefallen. Er hatte nicht rechtzeitig die Flucht ergriffen, weil er dem in die Knie gesunkenen Kriminalbeamten Klee noch einen Schlag versetzen wollte. Der Angeklagte behauptete im Termine, daß er völlig unschuldig in die Menge hineingezogen worden sei und auch nicht geschlagen habe. Von den Mißhandelten vermochte keiner den Angeklagten mit Bestimmtheit wieder zu erkennen, nur der Schutzmann, der ihn festgenommen, erklärte, daß der Angeklagte zweifellos derselbe sei, der auf Klee eingeschlagen habe. Während der Staatsanwalt das Belastungsmaterial für ausreichend hielt, plädirte der Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Hentig, aus entgegengesetzten Gründen für Freisprechung, eventuell aber für Zubilligung mildernder Umstände. Der Spruch der Geschworenen lautete auf Schuldig unter Zubilligung mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte darauf eine Gefängnißstrafe von vier Jahren, das Urtheil lautete auf ein Jahr Gefängniß, wobei besonders die bisherige Unbescholtenheit als strafmildernd in Betracht gezogen worden war.

Ein großer Betrugs- und Wucherprozeß beschäftigte am Sonnabend die 7. Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitze des Landgerichtsraths Kannenberg. Nicht weniger als 54 Zeugen waren erschienen, welche ihre Erfahrungen mittheilen sollten, die sie bei ihrer Geschäftsverbindung mit den auf der Anklagebank befindlichen Kaufleuten Richard Vogt und Louis Cohn gemacht hatten. Die Angeklagten haben zusammen ein Darlehnsgeschäft betrieben, in der Weise, daß Vogt der Vermittler und Cohn der Geldgeber gewesen sein soll. Vogt soll sich hierbei des Betruges in 36 Fällen und mit Cohn zusammen des gewerbsmäßigen Wuchers schuldig gemacht haben. Die Zeugen setzten sich aus den verschiedensten Berufs- und Gesellschaftsklassen zusammen, es waren Offiziere, Mäntelnäherinnen, Handwerker, Kaufleute, Künstler, Schutzleute und Sängerinnen erschienen, welche sämmtlich geschädigt sein wollten. Vogt, der früher Mühlenmeister gewesen ist, eröffnete im Jahre 1889 in der Demminerstraße ein Bureau und von dieser Zeit ließ er fortgesetzt durch Annoncen bekannt machen, daß er Geld auf Erbschaften, Hypotheken, Wechsel oder gegen sonstige Sicherheit gäbe. Er soll einen bedeutenden Zulauf gehabt haben. Zunächst bedeutete Vogt dem Geldbedürftigen, daß er nur Vermittler und nicht der eigentliche Geldgeber sei. Bevor die Unterhandlungen wegen des Darlehns begannen, hatte der Suchende sechs Mark für etwa entstehende Kosten vorauszuzahlen. Dann stellte Vogt dem Besucher die Gewährung seines Wunsches in sichere Aussicht. Zuerst mußte der Geldsucher einen Wechsel in Höhe der gewünschten Summe ausstellen. Vogt bedang sich dann eine Provision von 30 bis 50 Mark aus und versprach, nach einiger Zeit Nachricht geben zu wollen. In vielen Fällen wurde die Geduld des Wartenden auf eine harte Probe gestellt. Vogt ließ nichts von sich hören, bewegte sich auf Anfragen in allerlei Ausflüchten und theilte schließlich dem Drängenden kurzer Hand mit, daß aus dem Geschäfte nichts werden könne. Die Anklage nimmt an, daß Vogt in diesen Fällen gar nicht die Absicht gehabt hat, das Geld zu besorgen, auch keinerlei Schritte im Interesse des Auftraggebers gethan hat, sondern daß es ihm nur darum zu thun war, die 6 Mark Vorschuß zu erhalten. Der Angeklagte Vogt bestritt dies, er habe sich zwei Leute zur Erledigung der schriftlichen Arbeiten und zur Anstellung von Recherchen halten müssen und dies, sowie das Annonciren habe bedeutende Opfer erfordert. Die meisten Geldsuchenden hätten sich als völlig kreditunwürdig erwiesen. Fiel die Auskunft über einen Geldsuchenden günstig aus, so erhielt derselbe endlich ein Darlehen, aber er mußte sich kolossale Abzüge gefallen lassen. Vogt deponirte nicht, wie er bei Anfang der Verhandlungen versprochen hatte, den Wechsel bei einer Bank, sondern verwies die Kunden schließlich an den Mitangeklagten Cohn, der der eigentliche Geldgeber sei und der den Wechsel bereits in Händen habe. Cohn betrieb ein Schuhwaaren-Geschäft in der Köpenickerstraße. Wenn derselbe sich zur Diskontirung des Wechsels bequemte, so schob er zunächst wieder einen Bruder vor, von dem er das Geld holen müsse. Endlich erhielt der Suchende Geld, aber kein Darlehen, sondern es wurde ein einfaches Wechselgeschäft, wobei der Akzeptant kolossale Opfer bringen mußte. Der Angeklagte Vogt suchte die weitaus größte Schuld auf den Mitangeklagten Cohn zu wälzen, der die Geldsuchenden am meisten gerupft habe, während er sich mit den vorausbezahlten sechs Mark und mit der ihm freiwillig gewährten Provision habe begnügen müssen. Vogt betrug sich im Laufe der Verhandlung wiederholt so ungezogen, daß der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Assessor Strehler, eine sofort zu vollstreckende Haftstrafe beantragte. Der Gerichtshof trug der Erregung des Angeklagten Rechnung und beließ es bei einer Verwarnung. Die Beweisaufnahme fiel für die Angeklagten ungünstig aus. Der Staatsanwalt schied nur einige Betrugsfälle gegen Vogt aus. Derselbe habe die geldbedürftigen Leute aufs Empörendste ausgezogen. Es sei nachgewiesen, daß täglich 5—6 Darlehnssucher zu ihm gekommen seien. Jeder habe vorweg 6 M. einzahlen müssen, um dann zu erfahren, daß Vogt nicht der Darleiher, sondern nur der Vermittler sei. Wenn Cohn dann in Thätigkeit trat, kam es wieder in solchen Fällen, in denen überhaupt Geld gegeben wurde, nicht zu einem Darlehns-, sondern zu einem Kaufgeschäft, in dem Cohn die Wechsel einfach diskontirte, aber in einer Weise, daß zweifellos Wucher vorliege, an dem sich auch der Angeklagte Vogt betheiligt habe. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten Vogt eine Gesammtstrafe von 5 Jahren Gefängniß und 5 Jahren Ehrverlust, 1000 M. Geldstrafe oder noch 100 Tage Gefängniß; gegen Cohn zwei Jahre Gefängniß, fünf Jahre Ehrverlust und 1000 M. Geldstrafe oder noch 100 Tage Gefängniß.

Das Urtheil wurde erst in später Abendstunde verkündet. Der Gerichtshof hielt in keinem der Fälle einen Betrug für vorliegend, da die Geldsuchenden nicht durch falsche Vorspiegelungen zur Hergabe der Wechsel bestimmt worden seien. Es liege nur gewerbsmäßiger Wucher vor. Hierfür sei Vogt mit acht, Cohn mit sechs Monaten Gefängniß und jeder noch mit 500 Mark Geldstrafe und einem Jahr Ehrverlust belegt worden. Bei dem Angeklagten Vogt wurden 4 Monate durch die erlittene Untersuchungshaft abgerechnet, der Angeklagte Cohn, der sich auf freiem Fuß befand, wurde sofort in Haft genommen.

Elbing, 25. April. Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts begann heute die abermalige Verhandlung gegen den früheren Landesdirektor Dr. Hugo Wehr. Das Reichsgericht hatte am 5. Januar das Urtheil des Landgerichts vom 19. November v. J. aufgehoben, wonach Wehr in der Meliorationssache wegen Beihilfe zur Untreue, Unterschlagung und Bestechung in sechs Fällen zu einem Jahre Gefängniß unter Anrechnung von 10 Monaten Untersuchungshaft verurtheilt war. Die Verhandlung wird voraussichtlich heute nicht beendet werden, da eine große Anzahl von Zeugen geladen ist. Der Landesdirektor Wehr war früher freikonservativer Abgeordneter. Ein Partei-Gesinnungsgenosse des Herrn Wehr, Herr v. Gersdorff, ist noch Landtagsmitglied.

Soziale Uebersicht.

Der Polizeipräsident von Berlin hat das Kartell der Berliner Bauarbeiter benachrichtigt, daß nach seiner Anordnung in die Bauscheine eine Bestimmung wird, wonach in Räumen, welche mit Koakskörben zum Austrocknen der Wände 2c. besetzt sind, nicht gearbeitet werden darf, ferner die Thüren derartiger Räume geschlossen gehalten bez. die Thüröffnungen durch dichte Brettervorschläge abgeschlossen werden müssen und der Zutritt zu diesen Räumen nur denjenigen Personen zu gestatten ist, welche die Koakskörbe zu beaufsichtigen haben.

Auf der ersten Generalversammlung des Zentralvereins der deutschen Gärtner, welche während der Osterfeiertage in Bremen tagte, waren die Orte Hamburg, Wandsbeck, Altona, Lokstedt, Kiel, Bremen, Berlin, Rixdorf, Remscheid, Mannheim, ferner die Provinz Sachsen und das Herzogthum Anhalt vertreten. Glückwunsch-Telegramme waren eingelaufen von Kollegen in Gratz (Steyermark), Dresden, Lokstedt, Hamburg, ferner vom Zentralverband der Holzarbeiter und der Zentral-Krankenkasse der Böttcher und Zentralverein der Böttcher und aus Erfurt. Die Berichte, welche die Delegirten über die Verhältnisse der Gehilfen in den einzelnen Orten erstatteten, boten ein wahrhaft trauriges Bild: Arbeitszeiten von 10—12 Stunden bis hinauf zu einer Dauer von 17—18 Stunden und entsprechend niedrige Löhne. Zum Lesen von Büchern, Zeitungen bleibt dem Gärtner wenig oder keine Zeit, daher der große Indifferentismus dieser Arbeiterkategorie gegenüber der Arbeiterbewegung. In der Provinz Sachsen steht die Lehrlingszüchterei in üppiger Blüthe. In jenen Städten, wo Lohnkämpfe stattfanden, sind die Verhältnisse besser; es hat sogar schon das Vorhandensein der Organisation eine Aufbesserung der Löhne im Gefolge gehabt. Ueber den Streik als Mittel zur Verbesserung des Gehilfenloofes sprechen sich die Delegirten einstimmig dahin aus, daß ein Streik im Gärtnergewerbe in absehbarer Zeit eine Unmöglichkeit sei und man deshalb die ganze agitatorische Thätigkeit auf die Organisation und Aufklärung der Massen zu legen habe. Ueber den Gewerkschafts-Kongreß legte die Generalversammlung nach längerer lebhafter Debatte ihre Meinung in folgender Resolution nieder:

„Die erste Generalversammlung des Zentralvereins der deutschen Gärtner erklärt, daß die in der ersten Resolution des Gewerkschafts-Kongreß enthaltenen Beschlüsse für die deutschen Gärtner unter der heutigen Gesetzgebung nicht angewandt werden können, weil eine Verbindung mit einer anderen bestehenden oder noch zu gründenden Organisation im Sinne der Resolution zwecklos und darum überflüssig ist. Im Uebrigen erklärt sich die Generalversammlung mit den Beschlüssen des Kongresses einverstanden."

Nach dem Geschäftsbericht des Hauptkassirers Ising betrugen die Einnahmen des Vereins 8342,66 M., die Ausgaben 8302,06 M., der Kassenbestand von 240,60 M. Zahlstellen besitzt der Verein jetzt noch 17, verschiedene Orte gingen wieder verloren; ferner hat er in Kopenhagen, der Schweiz und Oesterreich Einzelmitglieder; überhaupt hat er in 212 Orten Mitglieder. Auf Antrag Büchner-Berlin Namens der Revisionskommission, dem sich Tempelmann-Mannheim anschloß, wurde dem Kassirer einstimmig Entlastung ertheilt. Betreffs des Organs, der „Gärtner-Zeitung", wurde nach längerer Debatte folgende von Born-Berlin eingereichte Resolution einstimmig angenommen:

„Die erste Generalversammlung des Zentralvereins der deutschen Gärtner beschließt: Der Umfang und die Tendenz der Zeitung bleibt so bestehen, wie die Zeitung in letzter Zeit erschienen. Jede Aenderung des Umfanges, sowie der Tendenz bedarf der Genehmigung des Hauptvorstandes und des Ausschusses."

Betreffs der Agitation wurde den größeren Zahlstellen aufgetragen, die zunächst gelegenen Orte agitatorisch zu bearbeiten; die Anträge, auf Kosten der Hauptkasse einen Agitator durch Deutschland zu senden, wurden als gegenwärtig nicht zweckmäßig abgelehnt.

Born-Berlin giebt als Berichterstatter der Statuten-berathungs-Kommission die näheren Erläuterungen zu den Aenderungen, welche fast an sämmtlichen Paragraphen Aenderungen vorgenommen worden sind. Der Name des Vereins ist fortan nur „Zentralverein der Gärtner". Auch wurde das Statut dahin erweitert, daß die in der Gärtnerei thätigen Hilfs-

arbeiter, Frauen 2c. aufgenommen werden können. Der Ausschuß des Zentralvereins erhält seinen Sitz in Berlin. Zum ersten Vorsitzenden des Vereins wurde Honig-Hamburg, zum zweiten Vorsitzenden Bethge-Hamburg gewählt. Die nächste Generalversammlung findet in zwei Jahren statt; die Wahl des Ortes bleibt dem Vorstand und Ausschuß überlassen. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. Stehend sangen die Anwesenden die Arbeitermarseillaise nach deren Beendigung man mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie auseinander ging. Nach den Tagen ernster Arbeit zogen die Delegirten wieder mit neuem Muth und neuen Hoffnungen heimathwärts um die Bestrebungen der Arbeiterbewegung auch in die noch dunkeln Kreise der Gärtnerwelt zu tragen.

Die deutschen Musikinstrumenten-Arbeiter hielten am 19. und 20. April in Gera eine Konferenz ab, welche von der in Berlin domizilirenden Agitationskommission einberufen und aus 7 Städten mit zusammen 15 Delegirten beschickt war. Der deutsche Tischlerverband war durch das Vorstandsmitglied H. Krüger-Dresden vertreten, drei Städte hatten ihre Wünsche schriftlich eingereicht. Aus dem Bericht der Agitationskommission ging hervor, daß dieselbe ihre Aufgabe, einen Verband der Musikinstrumenten-Arbeiter Deutschlands anzustreben, gelöst hat. Die Schwierigkeit dessen war bedeutend, da es sich um eine Industrie handelt, deren Arbeiter zu etwa 92 pCt. noch nicht organisirt waren. Nur in zwei Städten, Leipzig und Berlin, bestanden Lokalorganisationen, in ersterer eine schwache, in zweiter eine sehr gute. Der Rechenschaftsbericht des Kassirers der Kommission ergab eine Einnahme von 1604,9 M. und eine Ausgabe von 1558,21 M. Unter den Ausgabeposten figuriren: Gemaßregelten-Unterstützung 301 M., Druckkosten 531 M., Agitation 644 M. 2c. Nach den Berichten der Delegirten ist die Lage der Arbeiter in dieser Industrie eine sehr traurige; Besserung kann nur bringen die energischste Agitation unter den Kollegen aller Orte und die Unterstützung der ganzen Arbeiterschaft. Ueber die Halberstädter Kongreßbeschlüsse entspann sich eine sehr heftige Debatte, an welcher sich fast alle Delegirte betheiligten. Schließlich wurde folgende von den Kollegen Sparfeld-Berlin und Zink-Leipzig gestellte Resolution mit 13 gegen 2 Stimmen angenommen. „Die heutige öffentliche Konferenz der Musik-Instrumentenarbeiter Deutschlands erklärt, voll und ganz auf dem Boden des modernen Klassenkampfes stehend, sich mit den Beschlüssen des Halberstädter Gewerkschaftskongresses nur soweit einverstanden, als dadurch die freie Wahl der Organisationsform für uns nicht gehindert wird. Sie erklärt das Solidaritätsgefühl allen Arbeitern gegenüber, welche auf dem Boden des modernen Klassenkampfes kämpfend stehen, mit aller Kraft hoch zu halten und wünscht, daß in Zukunft eine friedlichere Agitation zwischen beiden Richtungen der Organisationsform Platz greifen möge". Bezüglich der Organisationsfrage erklärte Referent Sparfeld, daß bei der jetzigen Beschaffenheit der Musikinstrumenten-Industrie es keine bessere Form der gewerkschaftlichen Organisation gäbe als die sogenannte lose Zentralisation, bezw. das Vertrauensmänner-System. Die darauf folgende Diskussion war ebenfalls sehr erregt und gab den Vertretern beider Richtungen genügend Gelegenheit, das Für und Wider zu erwägen. Eine von H. Krüger gestellte Resolution: „Die am 19. und 20. April in Gera tagende Konferenz der Musikinstrumentenmacher Deutschlands erkennt die feste Organisation der Musik-Instrumentenmacher an, findet jedoch nicht das dringende Bedürfniß einer Branchenzentralisation, sondern erklärt die seitens des deutschen Tischlerverbandes angebotenen Konzessionen ergreifen zu wollen, welche dahin gehen, die Branchensektionen zuzulassen. Sie findet daher in dieser Art des Anschlusses an die feste Zentralisation die Interessen der deutschen Musik-Instrumentenarbeiter hinreichend gewahrt." Diese Resolution wurde von den noch anwesenden 12 Delegirten mit 8 gegen 2 Stimmen verworfen. 2 Delegirte enthielten sich der Abstimmung und erklärten, sich der Majorität fügen zu wollen. Zum Vorort wurde einstimmig Berlin gewählt; in den Generalausschuß wählte man die Kollegen Sparfeld-Berlin, Vorsitzender; Pfeiffer-Berlin, Beisitzer; E. Mahnke-Berlin, Kassirer; zu General-Revisoren Hempel-Gera und E. Pfeiffer-Zeitz. Die vorgelegte Geschäftsordnung für den Generalausschuß wurde einstimmig angenommen und als Zeitpunkt der nächsten Konferenz auf Vorschlag Krüger-Dresden der Tagungstermin des nächsten deutschen Holzarbeiter-Kongresses angenommen, da dadurch Zeit und Geld erspart würde. Bezüglich der Organfrage beschloß man auf Antrag Krüger-Dresden einstimmig folgendes: „In Anbetracht einer möglichen späteren Annäherung an die deutschen Holzarbeiter beschließt die heutige Konferenz der Musikinstrumenten-Arbeiter Deutschlands, die „Neue Tischlerzeitung" als Publikationsorgan der geschaffenen Vertrauensmänner-Verbindung anzuerkennen."

Ein gemeinschaftliches Gewerbegericht für den hessischen Amtsgerichtsbezirk Gießen verlangen die Stadtverordneten Gießens vom Kreisamt. Die Anregung hierzu gab der Gießener sozialdemokratische Wahlverein durch ein diesbezügliches Gesuch. In der Provinz Oberhessen besteht zur Zeit ein Gewerbegericht nicht. Die bisher vorgekommenen Gewerbestreitigkeiten wurden bis auf vereinzelte, vor den ordentlichen Gerichten verhandelte Fälle, durch die Bürgermeistereien geschlichtet.

Wie treffend die Kritik ist, welche der „Vorwärts" den Grubenbesitzern und ihren Vertheidigern zu Theil werden ließ, bestätigt eine Anzahl regierungsfrommer Bergleute in Buer, welche an den Handelsminister von Berlepsch und die beiden Häuser des preußischen Landtags eine Petition richten, in der es u. A. heißt: „Unterzeichnete Bergleute sprechen dem Herrn Minister von Berlepsch für sein wohlwollendes Eintreten für die berechtigten Interessen des Bergarbeiterstandes durch die neue Gesetzesvorlage Dank aus und bedauern es aufs Tiefste, daß letztere durch die Mehrheit der Berggesetz-Kommission in den wichtigsten Punkten eine Aenderung erfahren hat, welche den so sehnlichst erwünschten Frieden auf das Bedenklichste gefährdet. Wir halten die in dem Gesetzentwurf niedergelegten Zugeständnisse, um deren Erfüllung wir dringend bitten, für das Mindeste von dem, was die Bergleute beanspruchen müssen."

Gegen Zwangsinnung und Befähigungsnachweis erklärte sich der Verbandstag der bayerischen Gewerbevereine, welcher in Nürnberg verhandelte. — Die Innungsapostel haben Pech über Pech.

Eine Konferenz der Maurer, einberufen vom Vertrauensmann Fr. Emmer in Giebichenstein bei Halle, findet am 15. und 16. Mai im Rheinischen Hof zu Braunschweig statt.

Die Töpfer ersuchen um Fernhaltung des Zuzugs nach Bromberg (Meckl), Halle (Böhme), Klein-Möhlau, Stralsund, Frankfurt a. M., von Ofenarbeitern nach Königsbrück, Zwickau (Scholz).

Versammlungen.

Allgemeine Buchdruckerversammlung. Etwa 2000 Buchdrucker hatten sich am 24. April im großen Saale der Bockbrauerei eingefunden, um Stellung zu nehmen zu dem Antrag der Prinzipale, die Wahl von Gehilfenvertretern zur Tarifkommission zu vollziehen. Der Vorsitzende, Herr Schmitt, verwies bezüglich des Anlasses zur Einberufung dieser Versammlung auf folgendes Schriftstück, das in den letzten Tagen in sämmtlichen Buchdruckereien verbreitet worden ist:

„Es ist wünschenswerth, daß die Tarifkommission zur Berathung und Beschlußfassung über die künftige Gestaltung der Tarifverhältnisse demnächst zusammentritt. Nachdem der Gehilfenvorsitzende und die Mitglieder der Tarifkommission sowie deren Stellvertreter sämmtlich ihre Aemter niedergelegt haben, ist ein Zustand geschaffen, der im Tarif selbst nicht vorgesehen ist. Um geordnete Verhältnisse in der Tarifkommission wieder herzustellen, hat daher die Mehrzahl der Prinzipalmitglieder der Tarifkommission beschlossen, sich an die Gesammtheit der in den tarifzahlenden Buchdruckereien beschäftigten Gehilfen zu wenden und dieselben aufzufordern, innerhalb der einzelnen Kreise die Ersatzwahlen der Gehilfenmitglieder der Tarifkommission und deren Stellvertreter vorzunehmen. Nach § 44 finden die Wahlen durch Urabstimmung statt; die absolute Majorität entscheidet. Die tarifmäßig arbeitenden Kollegen wollen daher in ihren Kreisen für die Vornahme der Ersatzwahlen zur Tarifkommission besorgt sein und das Ergebniß derselben bis spätestens 15. Mai 1892 an den unterzeichneten Vorsitzenden der Tarifkommission mittheilen. Der Prinzipalvorsitzende der Tarifkommission für Deutschlands Buchdrucker: Bruno Klinkhardt."

Herr Besteck als Referent betonte, daß es nicht die Gehilfen, sondern die Prinzipale sind, die jetzt schon wieder Beunruhigung in das Gewerbe bringen, und sprach im Uebrigen die Ansicht aus, daß, da von den etwa 36 000 Buchdruckern Deutschlands kaum die Hälfte organisirt ist, Gehilfenvertreter auf jeden Fall gewählt werden würden. Herr Massini ist zwar der Ansicht, daß alle Anwesenden nur einer Meinung sind: „Weg mit der Tarifgemeinschaft!" (Sehr richtig!), empfiehlt jedoch der Versammlung, sich weder für noch gegen den obigen Antrag auszusprechen, sondern darüber zur Tagesordnung überzugehen und dem Zentralvorstand sowie den Gauvorständen die Erledigung dieser Angelegenheit zu überlassen, mit der Maßgabe, daß auf neunstündiger Arbeitszeit und 10 pCt. Lohnerhöhung bestanden und alles Uebrige abgelehnt wird. Herr Teufert spricht sich gegen die Tarifgemeinschaft aus; die Leipziger Prinzipalschaft wolle nur die Gehilfen dazu benutzen, die Folgsamkeit der kleineren Buchdruckereibesitzer dadurch wieder zu erwirken, daß die Gehilfen letztere zur Zahlung der Tarifsätze zwingen, mit anderen Worten: die Gehilfen sollen den Großkapitalisten die Kastanien aus dem Feuer holen. Redner stimmt daher dem Antrage Massini zu, wünscht aber, daß über die Wahl zur Tarifkommission für immer zur Tagesordnung übergegangen werde. (Sehr richtig!) Er warnt demnächst vor einem Versteckspiel mit den Arbeitern, denen man das gegebene Gelöbniß halten solle, und bemerkt, daß man dem Zentralvorstand eine so große Vollmacht nicht geben könne. Herr Dolinski hat volles Vertrauen zum Zentralvorstand, meint aber, wenn man dem Antrage Massini's entspreche, werde das zur Versumpfung der Kollegen führen. Die Durchführung des Tarifs habe stets den Gehilfen allein obgelegen, die dafür schwere Opfer bringen mußten. Die Gehilfen hätten niemals eine Garantie gehabt, daß der Tarif von den Prinzipalen gehalten werde. Nun wollten diese erzählen, daß sie eine Tarifgemeinschaft haben wollen? Er beantrage folgende Resolution:

„In Erwägung, daß die Prinzipale in ihrer Mehrheit durch ihr den Gehilfen gegenüber gezeigtes Verhalten nach dem Streik bewiesen, daß sie ein friedliches Zusammenarbeiten nicht wollen; in fernerer Erwägung, daß die letzte Tarifkommissions-Sitzung den Beweis geliefert, daß an ein Entgegenkommen der Prinzipale auf Grund der von den Gehilfen geforderten Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden nicht zu denken; in endlicher Erwägung, daß die bisher bestehenden Tarife stets nur durch die Gehilfenschaft mit schweren Opfern durchgeführt werden mußten, während die Prinzipalität auch nicht die geringste Garantie für die Durchführung resp. Einhaltung auch nur einer Bestimmung des Tarifs zu übernehmen in der Lage war: erklärt die Versammlung, daß sie es ablehnt, an der von Leipziger Prinzipalen ausgeschriebenen Wahl von Vertretern zu einer angeblichen Tarifkommission sich zu betheiligen, und beschließt demgemäß, keine Kandidaten aufzustellen. — Gleichzeitig erwartet die Versammlung von allen Buchdruckergehilfen Berlins und der Provinz Brandenburg, daß sie jede ihnen von Seiten einer gewissen Prinzipalität oder ihren Helfershelfern aufgedrungene Wahl entschieden zurückweisen." (Bravo!)

Herr Silberberg betont, daß schon bisher die Gehilfen Alles, was sie haben, allein durch eigene Kraft errangen, und verweist hierbei auf die Ausgaben, welche die Kasse für Maßregelungen im Frieden zu leisten hatte. Hätte in Wahrheit eine Tarifgemeinschaft bestanden, dann brauchten die Gehilfen nicht so hohe Beiträge zu zahlen. Glaube man etwa, daß jetzt die Prinzipale auf ihre schneidigste Waffe verzichten würden, auf die vierteljährliche Kündigung, durch die sie vorher zu wissen bekommen, wann die Gehilfen in eine Bewegung eintreten wollen? Redner ist nicht dafür, daß man sich mit den Prinzipalen einläßt.

Herr Besteck betont noch einmal, die Wahl werde erfolgen. Stellten sich die organisirten Gehilfen abseits, so werde mit Hilfe der Uebrigen ein Tarif zu Stande kommen, von dem es heißen werde, er habe die Genehmigung der Gehilfen. Redner ist auch kein Anhänger der Tarifgemeinschaft: wenn er gleichfalls die Wahl empfehle, so thue er es mit schwerem Herzen. Durch das Abseitsstehen der organisirten Gehilfen werde es vielen derselben unmöglich werden, der Organisation weiter anzugehören; dann werde man also auch die Organisation zerstört haben.

Eine weitere Resolution verwirft zwar die Tarifgemeinschaft, will aber gleichwohl die Wahl vollzogen wissen.

Herr Rosenthal empfiehlt diese Resolution und verlangt an Stelle der bisherigen Zentralleitung die Wahl neuer Kräfte. Die bisherigen Kräfte solle man jedoch nicht mit Undank entlassen, sondern sie nur, weil sie zu sehr an die alten Verhältnisse gewöhnt seien, durch andere ersetzen. Herr Salomon tritt den Ausführungen der Herren Dolinski und Silberberg bei und fordert die Gehilfenschaft auf, durch Annahme der Resolution Dolinski sich vollständig von den Prinzipalen zu trennen. (Bravo!) Herr Stößel: Die Prinzipale wollen die Gehilfenvertreter nur haben, um ihren Unterdrückungen jetzt eine gewisse gesetzliche Form zu geben. Wählten die Organisirten nicht, dann werde die Wahl nur von einer ganz kleinen Zahl vorgenommen werden, deren Abmachungen das Gros der Gehilfen nichts angingen. Herr Massini ist aus taktischen Rücksichten für Vornahme der Wahl. Herr Faber: Warum kommen jetzt die Prinzipale mit diesem Antrage, etwa weil sie der Gehilfenschaft wohlgesinnt sind? Nein, weil sie ihren Vortheil dabei haben. Die Gehilfen sollten an die üble Handlungsweise denken, welche sich die Prinzipale ihnen gegenüber zu Schulden kommen ließen. Und mit diesen Herren sollten sie sich zusammensetzen? Er sei natürlich auch der Meinung, daß selbst, wenn die Wahlen vollzogen würden, bei der Berathung nichts herauskommen werde, aber die Gehilfen wären dadurch wieder Mitglieder der Tarifgemeinschaft. Er sei daher für die Resolution Dolinski. Herr Stendwedel bemerkt, daß Herr Massini in der Versammlung in Königsbank die Tarifgemeinschaft verworfen hat, was dieser durch taktische Rücksichten vertheidigt. Herr Giesecke spricht für den Antrag Massini. Die Tarifgemeinschaft hindere nicht an einer Lohnbewegung, die ja doch ohne vorangegangene öffentliche Versammlungen nie möglich sei. Herr Silberberg erinnert noch einmal daran, wie wenig die Prinzipale sich an den Tarif gehalten haben, wie sie sich z. B. um die Feiertagsbestimmung desselben herumdrückten. Außerdem sei die Arbeitslosigkeit im Gewerbe jetzt so groß, daß die Innung bereits ihre — Lehrlinge ausbiete, also selbst diese nicht mehr alle beschäftigt werden könnten. Wenn die Gehilfen Bundesgenossenschaft haben wollten, sollten sie solche mit ihren Kollegen und der übrigen Arbeiterschaft, nicht aber mit Denunzianten schließen. Herr Döblin weist demgegenüber darauf hin, daß bei Beendigung des Streiks mit den Prinzipalen die Vereinbarung getroffen worden sei: „Festhalten an einer Tarifgemeinschaft, deren Form besonderer Festsetzung vorbehalten wird." Redner bedauert, daß man in allen Sachen gleich den sozialpolitischen Standpunkt einnehme. Im Uebrigen sei er der Letzte, der nicht auf dem Standpunkte der zielbewußten Arbeiterschaft stehe.

Die Diskussion ist geschlossen. Als Antragsteller empfiehlt Herr Dolinski noch einmal seine Resolution. Werde von den Prinzipalen doch eine Wahl arrangirt, so sei dazu doch eine öffentliche Versammlung nöthig; dort könnten die zielbewußten Gehilfen sich dann immer noch einfinden, um die Wahl zu verhindern. Wolle man keine öffentliche Versammlung, so könne die Aufstellung der Gehilfenkandidaten nur von den Prinzipalen ausgehen und werde daher mit Recht als Mache dieser bezeichnet werden. Herr Massini spricht nochmals für seinen Antrag und bemerkt dabei, in dem Verein „Freie Volksbühne" habe der Buchdruckereibesitzer Harnisch aus Dresden, als ihm seine Lehrlingszüchterei vorgeworfen worden sei, gemeint, er thue den Leuten ja einen Gefallen damit, indem die Kinder untergebracht würden, und der frühere Genosse Wildberger habe dem zugestimmt mit der Motivirung, die Buchdrucker verdienten heute noch einen Thaler mehr als die anderen Arbeiter. Herr Rosenthal spricht noch einmal für seinen Antrag: Wahl neuer, standhafter Personen. Herr Besteck hat das Schlußwort. Derselbe bemerkt, daß er niemals vermittelnd eingetreten ist. Das Publikum der Unternehmer sei zugleich das eigentlich Auftrag gebende Publikum für die Buchdrucker, daher komme auch auf dessen Ansichten etwas an. Redner empfiehlt, die Wahl vorzunehmen. Unter der Billigung der Versammlung gelangt die Resolution Dolinski als weitgehendste zuerst zur Abstimmung. Dieselbe wird mit großer Majorität angenommen. Die Versammlung wird hierauf geschlossen.

Der Verein Berliner Hausdiener ehrte in seiner dritten ordentlichen Generalversammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Artmann in der üblichen Weise und spendete auf das Unterstützungsgesuch eines Kollegen, welcher erst kürzlich 30 M. erhalten hatte, demselben 12,30 M. im Wege einer freiwilligen Sammlung, um der augenblicklich vielen Unterstützungsgesuche wegen die Vereinskasse nicht zu sehr zu belasten. Dann bat der Vorsitzende, man möge sich mehr mit dem Inhalt des Statuts beschäftigen. Nach dem vom Festkomitee erstatteten Bericht über den ersten Maskenball ist bei demselben, ungerechnet noch ausstehende 40 Billets, ein Ueberschuß von 193,20 M. zu verzeichnen. Dem Komitee wurde Decharge ertheilt und hierauf die Aufnahme von 20 neuen Kollegen vollzogen, wonach der Rendant folgenden Vierteljahresbericht ergab: Einnahme 4261,50 M., Ausgabe 2067,36 M., Vermögensbestand 2194,14 M. Gezahlt wurde an Unterstützung in Krankheitsfällen 305 M., an Sterbe-Unterstützung 540 M., an Extra-Unterstützung 128 M. und 20 M. an die streikenden Buchdrucker. Der Gesammtvorstand erhielt Decharge ertheilt. Als Ersatzmann des verstorbenen Ehrenrathsmitgliedes wurde der Kollege Freiberg gewählt und zum Kontrolleur, welchen Posten der Verstorbene gleichfalls bekleidet hat, Kollege W. Arndt ernannt. Es folgte eine längere Debatte über die Zeitung „Einigkeit", wobei das Verhalten der Preßkommission dem Verein gegenüber für nicht gerecht befunden wurde. Bezugnehmend auf den Artikel der „Einigkeit" über eine öffentliche Versammlung, in welcher der Verein als nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend bezeichnet wurde, bemerkte der Vorsitzende, daß seine Ausführungen in der öffentlichen Versammlung folgende waren: „Der Verein Berliner Hausdiener steht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung ebenso wie die andern Hausdiener-Vereinigungen. Wenn Gewerkschaften bei Streikangelegenheiten an den Verein um Unterstützung herangetreten sind, so hat der Verein ebenso und noch mehr seine Schuldigkeit gethan als die anderen Hausdiener-Vereinigungen. Wenn der Verein seine größere Vergnügungen in der Philharmonie abhält, so mag das nicht richtig sein, aber da der Verein nur Unterstützungsverein ist, so sind wir verpflichtet dahin zu streben, daß bei den Festen ein Ueberschuß erzielt wird, um unsere hilfsbedürftigen Kollegen unterstützen können. Wenn Sie heute hier erklären wollen, der Verein stehe nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung, so pfeife ich darauf (nämlich auf diese Bezichtigung)." Nachdem noch mehrere Redner gegen die Zeitung „Einigkeit" als Publikationsorgan des Vereins gesprochen hatten, wurde beschlossen, an deren Stelle die „Volks-Zeitung" zu nehmen, so daß jetzt der „Vorwärts" und die „Volks-Zeitung" als Publikationsorgane dienen. Außerdem wurde die Versammlung sich dahin einig, am Bußtag eine Herrenpartie nach Rahnsdorf-Schöneiche und am zweiten Pfingstfeiertag eine Landpartie zu unternehmen. Der Billetpreis für die Landpartie wurde auf 1 M. pro Person festgesetzt und liegen die Listen zur Einzeichnung im Vereinsbureau und in den noch stattfindenden Versammlungen bis zum 24. Mai aus. Spätere Anmeldungen werden nicht berücksichtigt, der Vorsitzender theilt ferner mit, daß das Bureau und der Stellennachweis sich Alte Leipzigerstraße 1, Eingang Rauleshof, befindet. Betreffs der Maifeier wurden beschlossen, sich dem zweiten Wahlkreis anzuschließen, welcher dieselbe auf dem Berliner Bock abhält.

In Friedrichshagen sprach am 23. April in einer Volksversammlung Reichstagsabgeordneter Singer unter lebhaftem Beifall über die „Sozialdemokratie im Reichstage". Er erörterte zunächst die Stellung der sozialdemokratischen Partei zum Parlamentarismus, betonend, daß der Sozialdemokratie, die in der heutigen Gesellschaft das Unglück der Menschheit erkannt hat, der Parlamentarismus dieser Gesellschaft nicht Selbstzweck, sondern nur eins der mächtigsten Propagandamittel, das uns z. B. unter dem Sozialistengesetze die einzige Möglichkeit gab, zu zeigen, wie die herrschenden Klassen es nicht auf Verhinderung „gemeingefährlicher Bestrebungen der Sozialdemokratie", sondern auf Knebelung der Arbeiterklasse abgesehen hatten. Wir benutzten alle Mittel, die uns vorwärts bringen, bedürften aber nicht der Gewalt, zu der unsere Gegner uns gerne greifen sehen möchten. Wir wüßten ganz genau, daß die bestehenden Verhältnisse, die unaufhaltsame Entwickelung des Großbetriebes die langen und von Fall zu Fall schlimmer werdenden Krisen 2c., die Verwirklichung unserer Ideen schon genügend fördern und hätten nur nöthig, über dieselben aufzuklären und die Reichstags-Tribüne sei eine der Stätten, von denen aus dies mit Erfolg möglich wäre. Redner wies dann an einigen der Verhandlungen, die im Reichstage vorgekommen sind, nach, daß die Thätigkeit unserer Parteigenossen im Reichstage sich vollständig mit der prinzipiellen Auffassung der Sozialdemokratie deckt, indem er die Berathungen über die Sonntagsruhe, über die Krankenkassen-Novelle, über den Etat und den dabei zur Sprache gekommenen Militarismus, über die Handelsverträge und über den Gesetzentwurf, betreffend die Unterstützung der Familien der zu militärischen Uebungen eingezogenen Mannschaften, kurz beleuchtete. Das zuletzt genannte, von den Sozialdemokraten seit langer Zeit geforderte Gesetz zeige deutlich, daß wir durch den Parlamentarismus auch noch ganz willkommene Vortheile für die Gegenwart zu erringen vermögen. Auf unseren Vormarsch nähmen wir mit, was wir erreichen können, ohne auch nur auf ein Atom dessen, was wir erreichen wollen, zu verzichten. Redner würdigte noch kurz die für den gegenwärtigen Kurs bezeichnenden beim Reichstage eingegangenen, aber unerhört gebliebenen Gesetzentwürfe der Regierung, wie Trunksuchtsgesetz, das den Schnapskonsum einschränken soll, während die neuerdings geplante Biersteuer doch eine Zunahme desselben bewirken muß, ferner das Zuhältergesetz, und ging dann angesichts des nahe bevorstehenden 1. Mai auf die Bedeutung desselben für die Arbeiterklasse ein, betonend welch ein erhebender Gedanke es ist, daß auf der ganzen Erde zu einer und derselben Zeit eine Bestrebung, eine Forderung,

nämlich die des Arbeiterschutzes, speziell des Achtstundentages, die gesammte Arbeiterschaft bewegt. Mit der Aufforderung, daß auch die Arbeiterschaft Friedrichshagens sich von der Demonstration für dieses Ziel nicht fernhalten solle, schloß Redner unter dem Beifall der Anwesenden. Im Anschluß an die letzten Worte theilte der Vorsitzende mit, daß der Arbeiter-Bildungsverein von Friedrichshagen am 1. Mai einen Ausflug nach Woltersdorf machen wolle, wozu die Theilnehmer sich früh 7 Uhr im Restaurant Blanke einfinden sollten. Im Restaurant Woltersdorf wird im Restaurant Lehmann eingekehrt. Was den Parlamentarismus betreffe, so meinte Redner, man sei nur dagegen, daß derselbe zu sehr ausgedehnt werde, ganz verwerfen werde ihn wohl Niemand. Ihm hielt Genosse Knappe vor, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament so viel wie möglich Nachtheile für die Arbeiterschaft zu verhüten haben. Im Schlußwort bemerkte Singer, wenn man zum Parlament wähle, dürfe man nur Solche wählen, von denen man überzeugt ist, daß sie ganz genau wissen werden, was sie zu thun haben. Im Parlament sei es wie in der Schlacht, häufig hänge von der im Augenblicke geschaffenen Situation die Stellungnahme bereits für den nächsten Augenblick ab. Nachdem Redner noch Bedenken, welche bezüglich des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion auf Verstaatlichung der Apotheken geäußert worden waren, durch Verweis auf die Motive zu diesem Antrage zurückgewiesen hatte, erklärte er, er habe geglaubt, er würde es heute mit den Gegnern des Parlamentarismus in sachlicher Auseinandersetzung — persönlich kämpfe er überhaupt nicht — zu thun haben. Das sei nun nicht der Fall gewesen. Er fordere nunmehr Jeden, der es ehrlich meine, der wirklich die Befreiung des Proletariats auf seine Fahne geschrieben habe, auf, mit alter Treue für die alte Sache zu kämpfen. Derjenige, der da glaube, daß das, was die Sozialdemokratie seit 25 Jahren verfolgt, das Richtige ist, der komme auch äußerlich wieder in unsere Reihen. Eine Ersatzwahl zur Lokalkommission, die als zweiter Gegenstand auf der Tagesordnung stand, wurde nicht vorgenommen, da der Lokalkommission noch drei Genossen angehören und es, wie Genosse Meiwald erklärte, in ganz Friedrichshagen nur zwei Lokale giebt, in denen der „Vorwärts" nicht gehalten wird. Da Weiteres nicht vorlag, wurde die Versammlung geschlossen.

Arbeiter-Bildungsschule. Dienstag, Abends 8½—10½ Uhr: Süd-Schule, Hagelsbergerstr. 43: Unterricht in Deutsch (mittel); Süd-Ost-Schule, Reichenbergerstr. 133: Unterricht in Deutsch (mittel), Mathematik und mathem. Geographie; Ost-Schule, Markusstr. 31: Unterricht in Physiologie; Nord-Schule, Müllerstr. 179a: Unterricht in Geschichte mittel). Zu allen Lehrfächern können noch Schüler und Schülerinnen, auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

Achtung Tischler Piesdorfs! Zur gemeinschaftlichen Feier des „1. Mai", bitten wir alle Kollegen, sich Nachmittags 2 Uhr, in der Vereinsbrauerei, Jäger- und Herrmannstr.-Ecke, zu versammeln. Die Werkstatt-Kontrollkommission.

Gauverein Berliner Bildhauer. Heute, Annenstr. 16: Außerordentliche General-Versammlung. Vortrag. (Siehe Inserat vom Sonntag.)

Verband deutscher Zimmerleute Schöneberges u. Umgegend. Heute Abend 8 Uhr bei Jakob, Grunewaldstr. 110: Versammlung, Abrechnung vom 1. Quartal.

Verein Berliner Hausportage-Buchhändler. Heute Abend 8 Uhr, Stralauerstr. 57 (Riegel): Sitzung.

Chartistenbund. Heute Abend 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins in der Gambrinus-Brauerei. Vortrag des Genossen Kodienger-Berlin über: Die Chartisten-Bewegung in England.

Lese- und Diskutirklubs. Dienstag. Johannes Wedde, 9 Uhr, bei J. Winkler, Manteuffelstr. 60. — Sozialdemokrat, Abends 8½ Uhr, bei C. Behrend, Blumenstr. 5. — Agitationsverein Lassalle, bei Drügemüller, Wienerstr. 51.

Alle Abänderungen, welche den Arbeiter-Sängerbund oder den Bund der geselligen Arbeitervereine betreffen, sind nur an die Vorstände derselben zu richten.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend, **Dienstag.** Abends 9 Uhr, Uebungsstunde. Aufnahme neuer Mitglieder. — Freundschaft 1, bei Oswald Berliner, Brunnenstraße 114. — Harmonia, Flottwellstraße 5 bei Barteis. — Olympia, Stallschreiberstr. 58. — Schildhorn, Usedomstraße 33 bei Mieke. — Fidelitas, Bergstraße 68 bei Keller. — Allegro, Kaiser Franz-Grenadier-Platz 7. — Alpenglocke, Grüner Weg 29, bei Saeger. — Liedertafel Westend, Bülowstr. 27, bei Gundlach. — Berliner Buchdrucker, Alte Jakobstr. 83 bei Wiemecke. — Bruderherz, Strausbergerstraße 3 bei Birk. — Ihn'scher Humor, Strausbergerstraße 3 bei Birk. — Unverzagt 2, Moabit, Kronen-Brauerei. — Hoffnung 2, Deutsch-Wilmersdorf, Brandenburgstraße bei Grätz. — Waldkapelle 1, Berliner Bockbrauerei. — Arbeiter-Maibund, Nowawes, Wallstraße bei Gärtner. — Sängerkette, Schönleinstraße 6 bei O. Klein. — Kreuzberg, Lichterfelderstraße 7—8 bei Winter. — Freiheit 2, Adlershof, bei Albrecht. — Alte Linde, Mariannenstraße 21—22 bei Doberstein. — Vorwärts 4, Rathenow, Restaurant „Walhalla". — Einigkeit 2, Landsbergerstraße 21 bei Musehold. — Sorgenlos, Köllnerstraße 17 bei Wendt. — Gesangverein der Böttcher Steineiche, Jüdenstraße 55 bei Trieschmann. — Titania, Köpenickerstraße 191 bei Boge. — Vorwärts 8, Marwitz, bei Wilhelm Nötte. — Vorwärts 2, Schönhauser Allee 28 bei Kuhlmey. — Hilaria, Blumenstraße 46 bei Wenk. — Freies Lied 2, Friedrichsberg, Frankfurter Allee 165, bei Feder. — Sänger-Chor der Töpfer, Neue Friedrichstr. 44, bei Nöllig. — Wiederhall, Eisenbahnstraße 20 bei Siegmund. — Zufriedenheit, Gneisenaustraße 88 bei Kärger. — Sängerfreiheit, 9 Uhr, bei Fröhlich, Naunynstr. 44. — Freiheitsgruß, Schönhauser Allee 48 bei Busse.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Dienstag: Geselliger Verein Climbim, bei George, Gr. Görschenstr. 18. — Theaterverein Akazie bei Ockert, Zenghofstraße 8. — Theaterverein Blumenlese bei Krüger, Dresdenerstr. 105. — Tambourverein Deutsche Eiche, bei Sabeck, Fürbringerstr. 7. — Geselliger Verein Mehr Licht bei Habel, Frankfurter Allee 90. — Tambour-Verein Borussia bei Feldhahn, Weidenweg 12.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Dienstag. Gesangverein Anakreon, Abends 9—11 Uhr, bei Keßner, Annenstraße 16. — Musikverein Nord 8½—11 Uhr, Wriezenerstr. 6, bei Sendke.

Turnverein Gesundbrunnen. Die 1. Männer-Abtheilung turnt von 8½—10½ Uhr in der Turnhalle des Lessing-Gymnasiums, Pankstraße 9—10. — Berliner Turngenossenschaft. Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindeschule, Blumenstr. 63a.

Theater-Verein Othello 2 Abends 9 Uhr, bei Tägers, Gartenstr. 13—14. — Privat-Theater-Gesellschaft Berliner Humor, Abends 9 Uhr, Köpnickerstraße 158 bei Buchs.

Vergnügungsverein Amicitia, 8½ Uhr, bei Schönnagel, Barnimstr. 47. — Vergnügungsverein Reichskrone, Abends 9 Uhr, in Reichert's Festsälen, Müllerstr. 7. — Geselliger Verein Brüderschaft, im Restaurant Deutscher Reichsadler, Beusselstr. 9. — Vergnügungsverein Saturnalia, heute Abend 9 Uhr, Naupachstr. 6.

Orientalischer Rauchklub Spar- und Kreditverein, Abends 9 Uhr, Reichenbergerstr. 24, bei Schröder. — Rauchklub Eldorado, Abends 8½ Uhr, im Restaurant W. Schulze, Ostbahnhof 7. — Rauchklub Dämmerwolke, Böckhstr. 51. — Rauchklub Bruderbund, Abends 9 Uhr, Lausitzerstr. 50, bei Grande. — Rauchklub Zeitgeist, Abends 9 Uhr bei Kaspar, Restaurant zum Zeitgeist, Bernauerstr. 72. — Rauchklub Ambalema, Abend 9 Uhr, Reichenbergerstr. 73a, bei Faustmann.

Tambourverein Rothe Nelke, Dienstag und Freitag, Abends 9 Uhr, bei Thiele, Brandenburgstr. 56. — Tambourverein Wirbel, Dienstag und Freitag, Abends 9 Uhr, im Restaurant Müller, Gartenstr. 52. — Tambourverein Ruf, Dienstag und Freitag, Abends 8½ Uhr, bei Sommer, Grünstr. 21. Sonntags Sitzung.

Skatklub Kreuz-Solo, 8—10 Uhr, Krautstr. 9, bei Mühle.

Touristenklub Wanderlust, Abends 9 Uhr, bei Biehrat, Fransecksstraße und Schönhauser Allee Ecke.

Vermischtes.

Unglück auf See. Bei Travemünde schlug ein Heringsboot um. Von der Besatzung sind zwei Mann ertrunken, einer ist gerettet.

Eine Feuersbrunst vernichtete in dem an der waldeckischen Grenze liegenden westfälischen Dorfe Grüneberg 40 Gebäude; in Breslau die Lumpenfabrik von N. Friedebergs. Zur Löschung des letzteren Brandes waren 16 Spritzen erforderlich. 4 Pferde verbrannten im Stalle. Die Zuckerfabrik auf dem Gute Scheune bei Stettin ist in der Sonnabend Nacht gänzlich niedergebrannt.

Zwei pfälzische Lehrer haben in den letzten Tagen durch Selbstmord geendigt. Der pensionirte Lehrer Spitzfaden von Nußdorf erreichte durch Erhängen sein Ziel, nachdem er zuvor auf sich einen Schuß abgefeuert und sich die Pulsadern geöffnet hatte. Er soll in letzter Zeit trübsinnig gewesen sein, so daß man annimmt, er habe in geistiger Umnachtung gehandelt. Der zweite Fall betrifft den Lehrer Eberlein von Schweißweiler, der unmittelbar vor Beginn der Prüfung in seiner Klasse in seiner Wohnung durch einen Schuß in den Kopf seinem Leben ein Ende machte. Das Motiv, das diesen jungen Mann in den Tod getrieben, ist nicht klargelegt. Er hinterläßt eine Wittwe mit einem Kinde.

Zu dem Attentat von Koscielec wird von gut unterrichteter Seite geschrieben: „Auf Grund der angestellten und nunmehr fast abgeschlossenen amtlichen Ermittelungen steht es außer Zweifel, daß es sich bei dem Raubanfall auf den Propst von Poninski lediglich um einen ganz gemeinen Raubzug gehandelt hat. Die anarchistische Färbung, welche die Spitzbuben dem Verbrechen zu geben trachteten, war lediglich ein Mantel zur besseren Verdeckung der Spuren. Zukowski hatte schon vor Wochen ausgestreut, er habe eine reiche Erbschaft zu hoffen und werde wieder nach Paris zurückkehren, wo er sich sehr wohl gefühlt habe. Aehnliche Reden führten seine Komplizen, die alle bis über den Kopf verschuldet waren. Der eine spiegelte vor, in Lemberg eine einträgliche Anstellung — gefunden zu haben, der Andere faselte von einem Funde ꝛc. Alles das ist durch die Zeugen festgestellt worden. Das Ziel der Räuber war Amerika. Mit dem erpreßten Gelde wollten sie sich jenseits des großen Wassers eine Existenz schaffen. Auch ist es durchaus nicht bewiesen, daß einer wie der andere von ihnen selbst Hand an sich gelegt habe. Es ist wohl möglich, daß alle der Volkswuth zum Opfer gefallen sind. Wahrscheinlich hat sich Zukowski in der Verzweiflung, um dem Lynchen zu entgehen, erschossen." — Von vornherein war der „Vorwärts" der Meinung, daß es sich nur um einen gemeinen Raubmordversuch handeln könne und politische Motive deshalb ausgeschlossen seien. Diese Ansicht ist also, wie auch vorstehende Notiz beweist, die richtige gewesen.

Aus Perth wird gemeldet: Die in einem Keller eingemauerten, von der vor 5 Jahren verschwundenen Deborah Perl herrührenden Leichentheile sind gefunden und zwei des Mordes verdächtige Personen verhaftet worden.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Bochum, 25. April. Die gestrigen Bergarbeiter-Versammlungen waren gut besucht. Die Berggesetz-Novelle, die Feierschichten und die Arbeiterentlassungen bildeten den Gegenstand der Berathung. Die Redner machten die Grubenbesitzer resp. die von ihnen geschlossenen Kohlenringe für die augenblickliche Lage verantwortlich.

Frankfurt a. M., 25. April. Es verlautet, der Kassirer Jäger habe den ganzen fehlenden Betrag der Kasse in den letzten Tagen seines Hierseins entwendet, demnach könne von dem Verspielen eines großen Betrages an der Börse keine Rede sein.

München, 25. April. Auf der Tagesordnung des am 26. Juni in Regensburg stattfindenden allgemeinen bayerischen sozialistischen Parteitages steht die Berichterstattung über die Thätigkeit des bayerischen Landtages und die Wahlen zu demselben für das Jahr 1893, ferner Agitations- und Organisationsfragen.

Kopenhagen, 25. April. Alle hiesigen Kohlen- und Getreideimporteure haben sich verpflichtet, um der sozialdemokratischen Bewegung unter den Platz- und Hafenarbeitern entgegenzutreten. Alle Arbeiter, welche sich weigern, für Kutscher von Fuhrherren zu laden, die sich der Aufstandsbewegung nicht anschließen wollen, werden entlassen und sollen nie wieder beschäftigt werden. Vermittelungsversuche seitens der sozialdemokratischen Agitatoren sind abgewiesen worden.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Sofia, 25. April. Wie das Journal „La Bulgarie" meldet, stattete Dimitrow am Sonnabend in Konstantinopel allen Botschaftern, auch dem russischen Botschafter Nelidow, Besuche ab. Bei letzterem soll, wie das Blatt meldet, Dimitrow im Laufe des Gesprächs gefragt haben, ob nicht die russische Regierung nunmehr den bulgarischen Emigranten bald ihren Schutz entziehen werde. Nelidow habe die Frage verneint und seinerseits mit der Gegenfrage beantwortet, wann die bulgarische Presse ihre schroffe Sprache Rußland gegenüber aufgeben werde? Dimitrow solle darauf erwidert haben, es werde dies geschehen, sobald Rußland aufhören werde, die bulgarischen Emigranten zu beschützen.

London, 25. April. Unterhaus. Der Parlamentssekretär des Auswärtigen, Lowther, erklärte auf eine Anfrage, betreffs des modus vivendi im Behringsmeere sei mit den Vereinigten Staaten ein vollkommenes Einvernehmen erzielt, die Konvention sei in Washington unterzeichnet worden.

Briefkasten der Redaktion.

G. St., Potsdam. Sie haben kein Anrecht auf Invalidenrente. Ein solches Anrecht konnte man vor dem 1. Januar 1891 überhaupt nicht erwerben.

W. E. Kommen Sie zwischen 12 und 1½ Uhr Mittags oder Abends zwischen 5 und 7 Uhr.

Elegante
Herren- u. Knaben-Garderobe
in allen Qualitäten und zu billigsten Preisen empfiehlt 2198L
Julius Lindenbaum,
Berlin O., Frankfurterstrasse 139.
Spezialität: Anfertigung nach Maass.
Für reelle Bedienung bürgt mein in allen Kreisen bekannter guter Ruf.

Gefärbt wird für Mk. 2,50
in allen Farben: Damenkleider, Ueberzieher, Röcke, im Ganzen oder getrennt; Bettdecken à Paar 2,50 (Lieferzeit 48 Stunden).
Gegr. 1875. **Chemische Wäscherei** Gegr. 1875
zu den solidesten Preisen. 2134L
A. Pergandé,
Haupt-Geschäft: Waldemarstraße 52.
Filialen: Görlitzerst. 43, Reinickendorferst. 12; Potsdam: Nauenerst. 18.
Zustellung und Abholung kostenfrei.

Möbel- und Ausstattungs-Magazin
von J. Adler, Oranienstraße 47. Auch Theilzahlung gestattet. [2259L

Künstliche Zähne, Zahnziehen, Plombiren etc. O. Arendt, Andreasstr. 60 (Eing. Kl. Andreasstr. [2199L

Während des **Sommer-Semesters** ist meine 66/13
zahnärztliche Poliklinik, Chausseestraße 1a,
f. d. unentgeltl. Behandl. Unbemittelter, Vorm. v. 8—12, Nachm. v. 3—6 Uhr geöffnet. **Betäubung nur Vormittags. Dr. Erich Richter,** Zahnarzt.

Künstliche Zähne 2 Mark. Plomben von 1,50 M. an. **Schmerzloses Zahnziehen 1 M. Sprechstunden 8—7 Uhr.** Zahnarzt **Robert Wolf,** Chausseestr. 123, am Oranienb. Thor.

Jede Uhr zu repariren (außer Bruch) unter Garantie kostet bei mir **1,50 Mk.**
Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, Naunynstr. 38, n. d. Oranienplatz.

Empfehle den Vereinen und Genossen meine Bilderhandlung und Sinnsprüche (eigenes Fabrikat), Lassalle, Marx ꝛc., auch zu Verloosungen nebst Dekoration, sowie Lassalle-Büsten (62 cm zu 6 M.), Marx-Büsten 42½ cm, Stocklaternen ꝛc.
M. Richter, 2276L
Inh. der Firma Fröhlich u. Richter, Berlin O., Grüner Weg 65.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins. Andreasstr. 23 H.p.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Unserem Freunde und Genossen **Wilhelm Mergelkühl** zu seinem heutigen Wiegenfeste die herzlichsten Glückwünsche. [2679b] **B. P. L.**

Unserem Freunde und Genossen
Fritz Rose
zum heutigen Tage die besten Wünsche von ganz bekannten **Alten.** 2672b
Aber Fritze! — Frische Wurst giebt Durst!

Die in der ganzen Welt rühmlichst bekannte
„Helm-Putz-Pomade"
ist nur unser Erzeugniss. Dosen mit anderen Helmen und **nicht** mit **unserer** Firma, weise man als werthlose Nachahmungen zurück.

Freund der Hausfrau!
Karol Weil's pulverisirt. Seifen-Extrakt.
Große Ersparniß an Arbeit, Zeit und Geld!
Ein Packet Karol Weil's Seifen-Extrakt, gelöst in 1½ Liter kochendem Wasser, giebt 8½ Pfund schöne weiche weiße Seife von vorzügl. Waschkraft.
Käuflich überall. [2383L

Wiener Maifestschrift 1. Auflage wurde konfiszirt; die 2. Auflage trifft am Mittwoch, den 27. April, hier ein.
Louis Abel,
Sebastianstraße 29.

Rothe Festzeichen zur Maifeier für Wiederverkäufer sind billig zu haben Weberstraße 12, vorn bei **Kiel.**

Frdl. Schlafst. für 2 auch 3 Gen. z. 1. Mai oder später (Gartenauss.) bei Kammer, Prenzlauer Allee Nr. 36a, 2. Quergeb. 3 Tr. l.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser Vater, der Putzer Herr **Ernst Richter,** Weißenburgerstr. 34, am 23. April verstorben ist. — Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. April, Nachmittags 4 Uhr, von der Wohnung aus statt. 2674b
Wwe. Richter nebst Familie.

Verein d. Einsetzer
(Tischler).
Die Beerdigung des Kollegen **Otto Hensel** findet am Dienstag, den 26. April, Nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle der Charitee aus nach dem Charitee-Kirchhof statt.
146/12 **Der Vorstand.**

Empfehle mein Geschäft in **frischen Blumen und Kränzen.** 533 L
Robert Meyer,
Nr 2. Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Aufpolsterung, Sopha, Matratzen w. i. u. a. dem Hause gearbeitet. [2678b
H. Schönwiese,
Reichenbergerstr. 141.

Das grösste Brot für 50 Pf. liefert
Albrecht's Bäckerei,
Wrangelstr. 8, Langestr. 26., Falkensteinstr. 13.

Staare, Stieglitze, 1,50, Buchfinken, Hänflinge, Zeisige 1 M., Girlitze, Tannenfinken 80 Pf. (reelle Männchen). 2321 L
F. Schnelle, Skalitzerstr. 132.

Rechtsbureau des königlichen Amtsrichters a. D., Alte Jakobstr. 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntag. [2225L

Ein Adreßbuch von 1891 billig zu verkaufen. **R. Kohlhardt,** Mariannenstraße 34. 2675b

1832L
Sophabezüge!
Reste in Rips, Damast, Granit, Plüsch u. bunt. Stoff, **spottbillig.**
Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.
Proben franko!

Nachtigallen, schlagend 6 Mark.
Schnelle, Skalitzerstr. 132.

Schaukgeschäft, Berlin SO., sofort billig zu verkaufen. Zu erfragen bei **Zippke,** Markusstr. 14. 2325L

Damenhüte, sowie **Putz jeder Art** fertigt sauber u. billig
W. Kendelbacher,
2333b] Schönhauser Allee 43.

Jede Nähmaschine zu repariren kostet unter Garantie, **2,50 M.,** kleinere Reparaturen billigst
62/16 **W. Maaske,** Genosse,
Christinen-Straße Nr. 34.

Frdl. Zimmer, vorn, sep. Eing., zur Schlafst. für 2 Herren Posenerstr. 32, v. 2 Tr. l. 2643b

Frdl. Schlafst., sep. Eing., f. 1 oder 2 Gen. zum 1. Mai Posenerstr. 32, v. 3 Tr. bei Hertwig. 2677b

Schlafst. zum 1. Mai zu verm. bei Lebentrau, Königgrätzerstr. 111, Hof links 3 Tr. rechts. 2675b

Frdl. Schlafst. f. 1 Herrn Manteuffelstraße 53, 3 Tr. rechts. 2668b

Arbeitsmarkt.

Korbmacher, 4 tüchtige Bambus-Arbeiter, auch solche, die es erlernen wollen, sofort gesucht.
2667b] **Laukau,** Hallesche Str. 9.

Rockschneider für Herren-Paletots Friedrichstr. 178, Hof r. 3 Tr. b. Hahn.

Redakteur,
junger, tücht. Genosse, gegenw. Redakteur eines dreimal erscheinend. Blattes, **sucht sofort** Stellung. Adressen sub G. A. O. Exp. d. Bl. 2666b

Verantwortlicher Redakteur **August Enders** in Berlin Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.